

**3. KB-Kongreß • 14./15. Januar 1989**

**Materialien  
und  
Rechenschaftsberichte**

**Ausgabe für Gäste**

**Kommunistischer Bund**  
Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20

## Inhalt

### A) Rechenschaftsberichte:

I. Abschied von der Kriegsgefahr? .....	S. 2
II. Innenpolitische Bilanz seit 1982 .....	S. 8
III. Die Entwicklung der Linken seit 1980 .....	S. 15

(Die Teile I und III werden der Tendenz nach von der Leitung gemeinsam getragen, der Teil II zur Innenpolitik nicht, da er den bekannten und ungeklärten Konflikt zu unserer Faschisierungsthese aus der Sicht eines der beteiligten Kontrahenten enthält).

• Interzelle Hamburg: Internationalismusarbeit seit 1982 .....	S. 25
• B&G-Kommission: Bericht Teil I .....	S. 28

### B) Dokumente

• Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf“ (Resolution KB-Kongreß 1982) .....	S. 37
• Das Verhältnis des KB zu den Grünen (Drei Papiere nach dem Saarbrücker Grünen-Parteitag 1980) .....	S. 41
• Bundestagswahl und „alternative Bewegung“ (Resolution a.o. KB-Kongreß 1980) .....	S. 46
• Thesen zur Perspektive der Grünen Partei (1980) .....	S. 48
• Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte (1985) .....	S. 51
• Krise der Linken — Krise des Marxismus (KB-Kongreß 1980) .....	S. 56

### C) Anhang

• KB-Organisationsstatut (1980) .....	S. 60
• KB-Frauenstatut .....	S. 62

### Anmeldung:

KB · Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20 · Tel. 040 / 43 54 20

# Einladung zum 3. KB-Kongreß

14. und 15. Januar 1989

Hamburg, Martin-Luther-King-Haus  
Grindelallee 9

Vorschlag für die Tagesordnung:

### Samstag 14. Januar

Beginn: 12 Uhr

(Für Gäste öffentlich)

- **Abschied von der Kriegsgefahr?** Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, die Außenpolitik der Perestroika.
- **Aussprache** über die weiteren **Rechenschaftsberichte**
- **Aktuelles**

19 Uhr:

**KB-Frauenversammlung** (über die Öffentlichkeit der Versammlung muß entschieden werden)

parallel um 19 Uhr: Forum zur **Jugendpolitik**

Ab 21 Uhr: Fete

### Sonntag, 15. Januar

Beginn: 9.30 Uhr

(nichtöffentlicher Teil, sofern keine Überhänge vom Vortag)

- **Rechenschaftsberichte:** — **Organisationsentwicklung**  
— **Finanzen**
- **Neuwahl der Leitung des KB**

(Kongreßschluß: Sonntag, 16 Uhr)

# Das Verhältnis des KB zu den GRÜNEN

Drei Papiere nach dem Saarbrücker Parteitag 1980

## NACH SAARBRÜCKEN (Einige Thesen)

### 1. Ergebnisse

Nach der für die Linken wenig glanzvollen Konstellation von Karlsruhe und nach der Entwicklung seit Karlsruhe stand zu erwarten, daß die Linke in Saarbrücken noch schlechter aussahen würde als in Karlsruhe. Diese Einschätzung dürfte allgemein verbreitet gewesen sein (vergl. Äußerungen der ZL, Drohungen von Gruhl und Dinne, unsere eigenen Erwartungen). Tatsächlich war aber in Saarbrücken das Gegenteil der Fall. Real ist festzustellen, daß die Positionen, die sich in den in Saarbrücken strittigen Fragen durchgesetzt haben, allesamt keineswegs sozialistisch, sondern „nur“ sozialdemokratisch sind. Der Erfolg der Linken liegt also nicht so sehr in den Forderungen als solche, sondern einmal in der Überschreitung eines allgemein (auch von uns) niedrig angesetzten Erwartungshorizont bezgl. des in Saarbrücken Möglichen, und liegt zweitens darin, daß in Saarbrücken das Konzept der im weitesten Sinne rechten Kräfte eine Niederlage erlitten hat. Dieses Konzept bestand/besteht darin, die Grünen als alternative „Partei der Mitte“ zu profilieren, unter Ausklammerung aller Programnteile und sonstiger Komponenten, die ein „Bürgerschreck“-Image begünstigen könnten („Bremer Modell“). Die Auftritte einiger profilierter Rechter in Saarbrücken und die folgende Pressereaktion zeigt, daß dieses in Baden-W. noch erfolgreiche Konzept in Saarbrücken Schiffbruch erlitten hat.

### II. Auswirkungen (Rechts)

Saarbrücken war nicht nur ein Schlag für die dort im Dreieck gehüpften Rechten, sondern auch für den pervertierten Pluralismus-Begriff relevanter Linker (Bahro, Berichterstattung in TAZ und NEUE). Hierauf hat ein Teil des Bielefelder Blocks bereits mit Angst vor dem eigenen Sieg, Zurückweichen und Zugeständnissen reagiert (z.B. in Sachen § 174 - 176). Von Seiten der Rechten ist in der Zukunft Revanche für Saarbrücken zu erwarten, d.h. Vollmobilisierung in den von ihnen dominierten Einheiten, Presse-Kampagne usw. Hierbei stehen einmal „todsicher“ die irrationalen Rechten wie Springmann (nomen est omen), die schon nach Karlsruhe losgelegt haben und die jetzt erst recht Amok durch die Landschaft laufen sollten. Hinzu kommt, daß auch die Leute im dezenteren Hintergrund (z.B. Dinne, der als Erfinder des „Bremer-Modells“ in Wahrheit DER große Verlierer von Saarbrücken ist, sich aber schlau im Hintergrund gehalten hat, so daß er öffentlich wenigstens keine schlechte Figur gemacht hat) nun auf Teufel komm raus loswühlen werden, um die Konstellation von Saarbrücken wieder „zurechtzurücken“. Ihre Aussichten hierfür sind nicht schlecht. Man muß sehen, daß sich diese Leute in Saarbrücken weit unter Form präsentiert haben.

Es stehen nun die Wahlen im Saarland und in NRW an, wobei NRW DIE Schlüsselstellung (das „zentrale Kettenglied“) ist. Einzuschätzen ist, daß die Grünen in NRW unterhalb der 5% bleiben, und zwar so klar, daß dies rein rechnerisch schon das AUS für die BuTe-Wahlen bedeutet. Spätestens diese Wahlen bzw. deren Ausgang werden sämtliche Ratten zur Revanche aus den Löchern stürmen lassen. Motto: Da sehe man nun, wohin es führt, daß die Grünen durch die gut geölte Abstimmungsmaschinerie der Roten in Saarbrücken ins Zwielicht geraten sind. So wie in Bremen und Baden-W. müsse man es eben machen, um erfolgreich zu sein. (Hinzu kommt, daß die Grünen den Wahlkampf in NRW links führen müssen, um überhaupt eine kleine Chance zu haben, und daß dieser linke Wahlkampf nachträglich ein Argument der Rechten sein wird - „Wir haben es ja gleich gesagt - so geht es eben nicht“).

### III. Auswirkungen (Links)

Die Linken (gemeint sind immer die linken Grünen) haben im Gegensatz zu Karlsruhe, wo sie reichlich jämmerlich agierten und aussahen, in Saarbrücken Flagge gezeigt, hoch gepokert und (gemessen an den Bedingungen) hoch gewonnen. Daß einige Linke dann gleich

die Hälfte vom Gewinn über den Tisch zurückschoben, um die Verlierer beim Spieltisch zu halten, ist eine andere Sache. Bei den Linken ist besonders nach MÜNSTER ein Wandel eingetreten, nachdem ihr Versuch, Münster scheitern zu lassen (wofür sich ganz vorn am Spieß die ZL in die Bresche hechtete) nicht durchgeschlagen hat. Nach Münster war klar, daß eine neuerliche Niederlage der Linken in Saarbrücken zu massiven Abwanderungen linker Grüner aus der Grünen Partei und zu einem stärkeren Zusammenschluß der autonomen Listen geführt hätte. In diesem Zweifronten-Krieg (so nannte es E. Hopfltschek, einer der Architekten der linken Strategie bei den Grünen) haben die Linken in Saarbrücken die Flucht nach vorn angetreten. Der Sieg in Saarbrücken gefährdet aber zugleich den linken Block, da die Revanche-Strategie der Rechten und die Versöhnungs-Strategie von Bahro, TAZ, NEUE usw. voll als Zerreißprobe auf den linken Block durchschlagen werden. Also als Konfrontation, den Spielgewinn von Saarbrücken nunmehr voll an die Verlierer zurückzahlen (also in irgendeiner Art mit dem programmatisch Erreichten einen Schacher anzufangen) oder aber das Erreichte kühn zu behaupten. Speziell die ZL dürfte in dieser Frage in der Zwickmühle sein, entweder sich mit einem Teil ihrer neuen Freunde anzulegen (was sowohl in Bielefeld wie in Saarbrücken sich schon andeutete), oder wieder auf ihren von Offenbach bis Münster praktizierten Ausverkaufs-Kurs zurückzukehren und sich damit Prügel von uns und anderen einzuhandeln. Speziell die Konflikte, auf die sich die ZL schon in den Hamburger Kreisverbänden eingelassen hat, sprechen eigentlich für einen relativ kämpferischen Kurs gegen die Rechten und somit auch für die Konfrontation mit einem Teil der schwankenden Linken.

### IV. Auswirkungen. (Nicht-grüne Linke).

Der Wahlerfolg von Baden-Württemberg einerseits und das Ergebnis von Saarbrücken andererseits könnten als linke Zufuhr zu den Grünen in nächster Zeit durchschlagen. Darauf folgt auch, daß es noch schwerer sein wird, außerhalb der Grünen einen bunt/alternativen Zusammenschluß zu stabilisieren. Münster war in dieser Hinsicht schon eher zäh als tätig-engagiert - das dürfte sich nach S. noch verschärfen. Ebenso stabilisiert das Ergebnis von S. die BuLi-Spalter von der ZL. Insgesamt dürfte S. ja so interpretiert werden, daß man bei den Grünen eben doch mehr durchkriegen kann, als man eigentlich gedacht hatte. (Insgesamt kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß die ZL durch das Ergebnis von S. haarscharf vor dem totalen Ruin gerettet worden ist, wofür sie aber lieber ihrem Glück als ihrem Verstand danken sollten.) Der sich durch S. ergebende Effekt zu den Grünen könnte allerdings in dem Maße wieder abgeschwächt werden, wie linke Grüne jetzt den „Schmeiß-weg“ machen, also Programm-Positionen wieder verramschen. Zunächst mal dürfte aber in jedem Fall ein neuer „Sog“ entstehen.

### V. Warum der KB bei den Grünen bisher nur am Rande mitarbeitet.

Es gibt von uns ausreichend Erklärungen, die darstellen, daß wir keine „PRINZIPIELLEN“ (schludder!) Gegner einer Mitarbeit in der Grünen Partei sind (vgl. unsere Ausführungen im Wahl-Rundbrief zur ZL-Auseinandersetzung und LG-Beschluß zur Mitarbeit bei den Grünen). Zwei Argumente waren vielmehr im Konkreten maßgebend für unsere bisherige weitgehende Nicht-Mitarbeit: 1. Die Ablehnung eines gleichberechtigten Grün-Bunten Wahlbündnisses (u.a. ausgedrückt in der Ausschließung der Autonomen Delegierten in Karlsruhe und im Doppelmitgliedschafts-UVB). 2. Skepsis hinsichtlich des zu erwartenden befürchteten grünen Programms (letzteres wäre allein genommen kein Argument gewesen, nicht jedenfalls zumindest bis zu Saarbrücken bei den Grünen mitzumischen!). - Das wesentliche ist der Punkt 1. Bekanntlich haben wir immerhin autonom nach Karlsruhe mitdelegiert, also unser generelles Interesse an dieser Partei damit bekundet. Wir haben aber auch noch

delegiert (trotz wie andere Linke die geforderte Eintrittskarte zu lösen), weil wir nicht bereit waren, schon VOR Karlsruhe vor den Rechten zu kapitulieren und deren Bedingungen einfach so zu schlucken. Diese Haltung war meines Erachtens richtig. Sie wird auch nicht dadurch falsch, daß relevante andere Teile der Linken es sinnvoller fanden, wie die ZL, schon vor Karlsruhe öffentlich die autonomen Delegierten anzuplecken. Der Verlauf von Saarbrücken läßt kaum ernsthaft daran zweifeln, daß eine geschlossene agierende Linke in Karlsruhe andere Ergebnisse hätte erreichen können, als die dort von den Rechten durchgesetzten. — Ich glaube es ist nicht die Aufgabe von Kommunisten, jeder voraussehbaren Niederlage (und die Nicht-Anerkennung der autonomen Delegierten in K. und die Schweinereien der Herrschaften mit der äußerst komplizierten Aktion waren spätestens seit Frankfurt so voraussehbar) auszuweichen. Durch bestimmte Niederlagen muß man wohl hindurch. — Nach K. stand erneut die Frage einer Mitarbeit bei den Grünen. Nach K. war offenbar (nicht bloß voraussehbar), daß es mit dem gleichberechtigten Bündnis zumindest 1980 nix werden würde, es war also auch als Taktik ganz sinnlos geworden, wie noch in K. selbst, demonstrativ auf dieser Forderung zu beharren. Ich meine, daß es nach K. nur ein wesentliches Argument gab, daß uns veranlaßte, nun nicht massiver bei den Grünen einzutreten und zu intervenieren. Nämlich die Überlegung, als „zentrales Kettenglied“ nach Offenbach und Karlsruhe die Bunt/Alternativen außerhalb der Grünen stärker zusammenzuschließen, um auf diesem Weg deren Überlebenskraft zu stärken und als äußere Lobby auf die opportunistisch taktierende Linke heilsamen Druck auszuüben. Die Glaubwürdigkeit — und nichts anderes — verbot es m. E. in dieser Situation, selbst schon massiver bei den Grünen einzutreten.

Auch in diesem Punkt haben wir m. E. in der konkreten Situation richtig entschieden. Dazu muß man sich erinnern, daß die linken Grünen (mit der ZL als geführende Avantgarde) beginnend in Darmstadt, „verdäckt“ zu Frankfurt und schrill lärmend gegen Münster, eine Strategie verfolgt haben, jede alternative linke Koordination außerhalb der Grünen Partei zu boykottieren und zu zerschlagen. Ebenso verfolgt sie als Ziel die Zerschlagung der BuLi, was ihnen mittlerweile weitgehend gelungen ist (Glückwunsch!). Andererseits ist kaum anzunehmen, daß ohne den relevanten Anteil von Münster (gemessen an dem konzentrierten Sperrfeuer der grünen Linken) die grünen Linken in S. so viel Rückgrat gezeigt hätten, wie sie es letztlich doch — bei allen wenn und abers — dort getan haben.

Hierbei ist uns schon bewußt, daß unsere Position (außerhalb der Grünen, entschiedene Opposition gegen die Rechten Grünen wie auch gegen die linken Heilmännerchen der äußerst komplizierten Aktion) nicht gerade populär war und dem KB eher geschadet als genutzt hat, zumindest kurzfristig und oberflächlich gesehen.

#### VI. Sollten wir nach Saarbrücken unsere Taktik ändern?

Das in S. beschlossene Programm ist zwar noch nicht das Gelbe vom Ei, aber ich sehe andererseits nicht, daß wir mit den Lücken dieses Programms ein Draußenbleiben aus den Grünen glaubwürdig begründen könnten.

Die Schlüsselfrage für eine Entscheidung über Beitritt oder nicht wäre also wohl die Frage der Bunt/Alternativen Listen. Löhnen deren derzeitige (1) Aussichten es noch, daß wir auf die Möglichkeit einer direkten Mitarbeit bei den Grünen verzichten? Das glaube ich nicht! Die Kräfte, die in absehbarer Zeit bereit wären, bunt/alternativ sich enger zusammenzuschließen, an einem Zeitungsobjekt mitzu-

arbeiten, werden nach den Ergebnissen von S. zunächst noch schwächer sein als vor S. Von den ausschlaggebenden Listen kann man die AL Westberlin sowieso abschreiben. Die BuLi Hamburg kann nur eine reduzierte Rolle spielen, nachdem sie von der ZL ganz bewußt zugrunde gerichtet worden ist (u. a. eben gerade mit dem Ziel, die BuLi als Instrument einer bundesweiten bunt/alternativen Politik zu zerschlagen. Nochmals Glückwunsch an die Freunde von der ZL!) D. h. die BuLi agiert heute bestenfalls als „der eine Teil der BuLi“ und kann so noch schöner als „KB und Umfeld“ abgestempelt werden. Die AL Bremen hat vor Münster schon fast einstimmig (mit den Stimmen von uns, oder wie?...!) eine traurige, abgewiegene Resolution verabschiedet (Wo der Zusammenschluß als „verfrüht“ abgelehnt wird!). Es bleibt als letzte Zuflucht die GLH. Na ja, das nutzt sich ja auch mal ab, gelte? Natürlich haben auch die Listen in NRW ein Wörtchen mitzureden. Aber bei denen ist doch sehr die Frage, ob es ihnen JETZT nicht näher liegt, erstmal voll in den grünen Landtagswahlkampf dort einzusteigen (was m. E. auch das Gebotene ist!), statt sich groß für einen bundesweiten Zusammenschluß zu engagieren.

Eine Wende wird wahrscheinlich dann eintreten, wenn bei den Grünen das Feuerwerk losgeht, d. h. einmal die Revanche der Rechten und Versöhnungspostel und zum zweiten die Zerreißprobe um die linken Grünen. Warum sollten wir da nicht Hand mit anlegen? Wenn wir die Lage so einschätzen, wäre es m. E. auch unglaublich, die Heuerei sich von der Tribüne (überdacht) anzuschauen, statt das Kräfteverhältnis zugunsten der Linken noch etwas zu verbessern. Es war m. E. bis Blaufeld noch eine andere Lage. Da hatten wir einen weitgehend sich auf die Niederlage vorbereitenden linken Block, der hauptsächlich nach links (gegen uns) auskaltete und nach Rechts reichlich erbärmlich taktierte. Heute hingegen ist kaum zu bestreiten, daß zumindest Teile der Linken, darunter auch die ZL, den Kampf aufgenommen haben, sogar mit dem Risiko, es sich mit anderen Teilen des linken Blocks zu verderben. Sollten wir ihnen da nicht zur Hilfe kommen und ihnen — zur Not auch gegen ihren Willen? — den Rücken stärken?

Ich plädiere also für massivere Mitarbeit bei den Grünen. Es liegt m. E. auf der Hand, daß jetzt (nach S.) auf längere Zeit der letzte Moment gekommen ist, wo wir einen solchen Schritt mit glaubwürdigen Argumenten begründen und ausführen könnten. Wenn nicht jetzt, so müßten wir bis nach den Wahlen 1980 jedenfalls draußen bleiben. Besser wäre den Moment zu nutzen!

#### Überlegungen zur Mitarbeit:

1. Wir sind verspätet in den Zug gestiegen (falls wir einsteigen). Wir sollten entsprechend zurückhaltend und bescheiden auftreten. Es ist nicht nötig, alles besser zu wissen, in jedes bereitstehende Fettnäpfchen einzusteigen, ständig Rechte zu entwerfen usw. Natürlich läuft bei den Grünen viel Mist (z. B. das berühmte Strauß-Flugblatt) — es ist aber nicht nötig, daß wir uns in solchen Fällen immer aufgerufen fühlen, den Kritiker zu machen, wenn sonst keiner mitzieht.
2. Wir sollten es der ZL an Pötschen-Jagd nicht unbedingt gleichtun. Wir sollten uns hüten, bei den Grünen als Avantgarde die Rechten und womöglich gleichzeitig gegen die schwankenden Linken zweifelhaften Ruhm zu gewinnen. Nicht Bravour-Ritte in die Isolierung sind angesagt, sondern es geht darum, ANDERE Kräfte für Aktionen zu gewinnen und dann GEMEINSAM etwas zu unternehmen.

Kt. 25.3.80

#### Grün und Rot gehen nicht gut zusammen

Kt. schreibt in seinem Papier („Nach Saarbrücken — einige Thesen“) ganz richtig, daß die Ergebnisse von S. für uns überraschend kamen. Im Gegensatz zu unseren negativen Erwartungen vor S. schlägt das Pendel nun jedoch in eine zu rosige Einschätzung der Situation bei den Grünen und ihrem linken Flügel um.

#### 1. Zur Einschätzung

Ich halte z. B. die folgenden Formulierungen für überspitzt und gefährlich:

- das rechte Konzept habe in S. einen „Schiffbruch“ erlitten,
- die Rechten seien in S. „im Dreieck gehüpft“,
- Dinne sei „der große Verlierer von Saarbrücken gewesen“,
- die linken Grünen hätten in S. „Flagge gezeigt, hoch gepokert und (gemessen an den Bedingungen) hoch gewonnen“ (!).

Nachdem wir den power-play der rechten Grünen und ihre notorischen Spaltungsdrohungen in Offenbach, Karlsruhe und Saarbrücken erlebt haben, möchte ich bezüglich solcher Einschätzungen zur Vorsicht raten. Mögen deren Auftritte auf den ersten Blick auch „dramatisch“ erscheinen, so hat sich in vielen Fällen doch gezeigt, daß hinter dem Gebärde nüchterne und kühle Berechnung steckt.

Vergleicht man die bisherigen Europa- und Länder-Programme der Grünen, so wird man feststellen, daß auch darin bereits Aussagen zugunsten gewerkschaftlicher Forderungen und gegen eine Strafverfolgung von Frauen, die abgetrieben haben, enthalten waren — ohne daß Gruhl und andere größere Schwierigkeiten gemacht hätten. Das in S. beschlossene Programm beinhaltet m. E. vor allem eine (quantitative) Erweiterung des „Katalogs“ solcher fortschrittlichen Forderungen, nicht aber eine „prinzipiell“ andere Sichtweise. Es haben sich die Gewichte verschoben — und das ist zweifellos ein Erfolg! — aber es ist kein neues Konzept. Ganz sicher ist es ein Irrtum, zu glauben, „auch der pervertierte Pluralismus-Begriff relevanter Linker“ habe in S. einen Schlag erlitten. Der gerade nicht! Meine Wissens bekennen sich alle linken Fraktionen bei den Grünen zur Erhaltung des bestehenden Spektrums bzw. der „Bandbreite“ der grünen Partei. (Dem widerspricht nicht, daß es einigen Linken vielleicht gelegen käme, wenn Leute wie Springmann von der Bildfläche verschwinden würden — Gruhl jedenfalls soll auf alle Fälle „gehalten“ werden!).

Die von der überwältigenden Mehrheit der Grünen geteilte Auffassung, auf jeden Fall „beieinander zu bleiben“ und auf den jeweils anderen Flügel „angewiesen zu sein“, hält die Partei zur Zeit jedenfalls doch recht fest zusammen und

führt zur Aushandlung immer neuer Kompromisse, die von Fall zu Fall mehr nach „rechts“ oder mehr nach „links“ ausfallen können. Zugeständnisse nach rechts werden dabei offenbar hauptsächlich in den machtpolitisch relevanten Bereichen gemacht (Satzung). Zugeständnisse nach links eher in programmatischen Fragen. Man erinnere sich an das Bremer Modell, das ja auch den Vorschlag an die AL enthielt, das Programm schreiben zu dürfen, solange die Kandidatenliste „gemäßigt“ bleibt. Diese Verfahrensweise ist in der bundesdeutschen Parteienlandschaft eigentlich nichts Neues.

In diesem Zusammenhang stimme ich zwar mit Kt. überein, daß die ZL „haarscharf vor dem totalen Ruin gerettet worden ist“, und daß sie diese Rettung weniger ihrem eigenen Verstand zu danken hat. Aber ich glaube dabei weniger, daß sie „Glück“ gehabt hat. Sondern ich denke, daß es Grüne gibt, die sehr genau gesehen haben, daß der linke Flügel nach Karlsruhe (besonders auch nach der Liquidierung der NRW-Übergangsregelung in der UVB-Frage!) wieder „aufgepöppelt“ werden mußte, um gegenüber den Bunt-Alternativen einigermaßen im Geschäft zu bleiben. Diese Rolle fiel in S. der AUD zu, die als „Mittelkraft“ (?) der eigentliche Sieger bei den Flügelkämpfen ist. Dies hat sich auch in der Vorstandswahl eindeutig niedergeschlagen: absolute Mehrheit für Hausleiter auf Anhieb — Scheitern von Bettina Hölitz im zweiten Wahlgang. Im nächsten Zug steht nun ein „Zugeständnis nach rechts“ auf der Tagesordnung. D. h. daß die programmatischen Aussagen von Karlsruhe wieder relativiert werden. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Veränderung des in S. beschlossenen Programms
2. Eine Art „Wahlplattform“ bzw. Kurzfassung des grünen Programms, wo dann die Gewichte entsprechend verändert werden.

Die Frage ist, ob es dabei zu einer „Zerreißprobe“ zwischen den linken Grünen kommt, zu einer „Konfrontation, den Spielgewinn von S. nunmehr voll an die Verlierer zurückzahlen...“, oder aber das Erreichte kühn zu behaupten. Es ist wohl nicht schwer, vorauszu sehen, daß weder das eine noch das andere eintreten wird. Stattdessen wird der Konflikt darum gehen, wie viel „zurückgezahlt“ wird. Daß überhaupt ein Zugeständnis gemacht wird, scheint mir bei den linken Grünen unumstritten zu sein, denn alle (einschließlich der — ähem — „kämpferischen“ ZL) wollen die Einnigung mit Gruhl. Dies zeigen auch die beiden gegen Ende des Parteitags verabschiedeten Resolutionen (Corry Littmann und J. Mayr): Diese wurden einheitlich angenommen; auch bei der — ähem — „kämpferischen“ ZL habe ich keine Gegenstimmen ausmachen können.

Es waren also nicht nur „einige Linke“ in Saarbrücken, die „dann gleich die Hälfte vom Gewinn wieder über den Tisch zurückschoben“. Unbestreitbar wird es z. B. zwischen der ZL und der AL ein großes Feilschen um den Grad der Kompromißbereitschaft gegenüber den Rechten geben. Daß daraus jedoch eine „Zerreißprobe“ entsteht, halte ich für unwahrscheinlich. Das in der Tat überraschende Ergebnis von S. sollte uns nicht den Blick dafür trüben, daß sich an der inneren Logik der Grünen Partei zunächst einmal nicht viel geändert hat. Ich möchte daher vor Illusionen warnen, die Grünen stünden unmittelbar vor einer „Zerreißprobe“, einem „Feuerwerk“ o.ä. Zu sehr sind alle (relevanten) Beteiligten eingeschließt der ZL daran interessiert, die Spaltung zu vermeiden. Dies reduziert natürlich die Einflußmöglichkeiten von Linken, die bisher nicht in den Grünen waren und sich jetzt mit Eintrittsgedanken tragen.

Langfristig sieht die Sache m. E. anders aus. In dieser Hinsicht hat gerade S. — viel mehr noch als Offenbach oder Karlsruhe — für mich den Eindruck bestärkt, wie unrecht Bahro hat und wie schlecht rot und grün zusammengehen. Gruhl kommt das Verdienst zu, für den rechten Flügel sehr klar die Unvereinbarkeit des (reinen) Ökologismus mit einer vom Klassenkampf ausgehenden Politik formuliert zu haben. In dieser Hinsicht ist der linke Flügel in S. sogar in der Defensive gewesen. Etwas „Ebenbürtiges“ hatten die Linken nicht zu bieten; sie beschränkten sich auf die Verteidigung von Einmalforderungen.

Nun sind also Bahro, Hoss usw. aufgerufen, mit allen ihren Formulierungskünsten diese Kluft zu überbrücken und die Abkehr vom „materialistischen Wohlfahrtsdenken“ sozialistisch einzukleiden. Der Widerspruch zwischen einem kleinbürgerlich-reaktionären Appell zur „Selbstgenügsamkeit“ und einem Befreiungskampf gegen die Klassenunterdrückung läßt sich aber schlecht hinwegreden, schon gar nicht bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe. Dieses Problem werden die Grünen bei aller gegenseitigen Kompromißbereitschaft weiter mit sich rumtragen (es sei denn, der linke Flügel gibt seinen Geist auf). Aufgabe eines linken Einwirkens auf die Grünen wäre also, diesen Widerspruch den fortschrittlichen Grünen bewußt zu machen und ihn mit aller (ihm selbst innewohnenden) Wucht wirken zu lassen. Dies ist meiner Meinung nach ein langfristiger Prozeß. Schon kurzfristig ergibt sich allerdings die Gelegenheit, Bahros Autorität anzuknacksen, da es sicher keine sehr dankbare Aufgabe ist, jetzt für Gruhl in die Bresche zu springen. Wir sollten also auf die sozialistische Konferenz gut vorbereitet sein und dort eine (auch öffentlichkeitswirksame) Polemik gegen Bahro führen.

## 2. Schlußfolgerungen

Die Organisierung einer „massiven“ weiteren Eintrittswelle durch uns halte ich für gefährlich, aber auch für ineffizient. Gefährlich, weil sie – wie auch immer die Begründung für einen Aufruf zur Mitarbeit lautet – bei vielen Leuten erneut Illusionen hervorrufen würde:

- über den Charakter der Grünen allgemein („große historische Chance“ a la Bahro)
- über die Ergebnisse von Saarbrücken – über die kurzfristigen Möglichkeiten, die Grünen durch Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse verändern zu können.

Solche Illusionen würden dann wieder enttäuscht werden, und diese Schaukelpolitik (wenn es auch nur eine taktische ist) bekäme der kränkenden Linken sicher nicht gut.

Zudem würde – auch bei gegenteiligen Appellen – sicher eine weitere Schwächung der autonomen buntten und alternativen Listen damit verbunden sein. Damit entliefe das nach wie vor zentrale Druckmittel gegenüber den Grünen; diese sähen sich dann nicht mehr daran gebunden, immer wieder die Kritiken der Buntten/Alternativen beherzigen zu müssen.

Im übrigen wäre es sehr unsolidarisch, wenn der KB jetzt im „Alleingang“ Entscheidungen über eine Mitarbeit bei den Grünen fällen und seine Bündnispartner bei den Buntten/Alternativen vor vollendete Tatsachen stellen würde.

Für ineffizient würde ich einen solchen Aufruf halten, weil er nicht massenhaft (und nur das kann ich in diesem Zusammenhang unter „massiv“ verstehen) verfolgt werden würde. Es würde sich also im wesentlichen darum handeln, das KB-Genoss(innen) in großer Zahl bei den Grünen eintreten. Wenn wir dann bei den anstehenden Konflikten auch „massiv“ eingreifen würden, so würde das nur bewirken, daß sich die untereinander zerstrittenen derzeitigen Fraktionen gegen uns wieder zusammenschließen.

Wollen wir jedoch, wie Kt. es selbst vorschlägt, bei den Grünen „zurückhaltend und bescheiden auftreten“ (was ich nach Lage der Dinge für vernünftig halte), so ist nicht einzusehen, warum wir das „massiv“ – also in großer Zahl – tun sollten.

Kt.s zentrales Argument ist eine stärkere Orientierung auf die Grünen ist die Schwäche der (autonomen) Buntten/Alternativen bzw. ihr Rückzug auf kommunalpolitische Themen. Erstens denke ich, daß wir in der Lage sein sollten, mit unserem für langfristige Zusammenhänge geschärften Blick auch zeitweilige Flauten zu überstehen. Zweitens bin ich beispielsweise mit der recht negativen Wertung etwa der AL Bremen nicht einverstanden.

Zwar hat die AL Bremen zweifellos in bzw. vor Münster „gebremst“. Ich finde es aber besser, realistische, d.h. durchführbare Beschlüsse zu fassen, diese dann aber auch zu verfolgen, als kühne Resolutionen zu verabschieden, aus denen dann nichts wird. Immerhin bleibt die AL z.B. am Ball, was die Durchführung der Münsteraner Beschlüsse angeht, hat zum Zustandekommen eines Koordinierungsausschusses der Buntten/Alternativen eine Initiative unternommen usw. Im übrigen halte ich es für sehr klug, wie die AL einerseits der parlamentarischen Arbeit der BGL auf den Fersen ist (wobei es keineswegs nur um kommunalpolitischen „Kleinkram“ geht, sondern auch um grundsätzliche und wichtige Fragen) und andererseits versucht, die BGL auf dem Gebiet der Basisarbeit aus dem Feld zu schlagen (so stellt es sich zumindest in der „taz“ dar). Es ist zu hoffen, daß ein solcher Kurs längerfristig durchgehalten wird. Jedenfalls ist damit mehr zu gewinnen, als durch einen Poker mit einer schnellen nationalen Zusammenfassung, die sich eventuell als Fassade herausstellt. Was die BuLi in Hamburg angeht, so meine ich, daß man sich jetzt schon Gedanken um die in zwei Jahren anstehenden Bürgerschaftswahlen machen sollte, und daß man über diese noch zur Verfügung stehende Aufbauzeit froh sein sollte.

Kein Zweifel: Als „Manövriermasse“ für einen grün/buntten Poker wird sich die BuLi auf absehbare Zeit nicht mehr strapazieren lassen. D.h. aber nicht, daß in Sachen BuLi gar nichts mehr läuft. Nötig ist vielmehr eine Rückbesinnung auf das „Erfolgsrezept“ der Buntten Liste: Nämlich eine (autonome) Plattform für die Hamburger Basisbewegung zu sein. Dieses Konzept deckt sich mit unseren eigenen Interessen – nicht aber mit dem grünen Ehrgeiz der ZL.

Dies ist alles zwar für die Bundestagswahl nicht von unmittelbarer Bedeutung. Um aber bei den BuTa-Wahlen die Grünen zu empfehlen, ist es ja nicht nötig, „massiv“ darin vertreten zu sein und sein eigenes Schicksal auf Gedeih und Verderb mit dieser Partei zu verbinden, wie uns das von der ZL vorgeführt wird. Gerade auch aus langfristigen Überlegungen bin ich der Meinung, daß der Schwerpunkt unserer praktischen Arbeit (in der Wahlbewegung) weiter bei den Buntten und Alternativen Listen liegen sollte.

Was die Grünen angeht, ist es allerdings unsinnig, immer wieder zu betonen, daß wir prinzipiell nichts gegen die „Blockbildung innerhalb“ einzuwenden haben, de facto aber dem Zustandekommen eines linken Blocks in den Grünen zu wenig Beachtung schenken.

Es wäre also vernünftig, die Ernsthaftigkeit unseres Interesses an einem linken Block bei den Grünen stärker zu betonen.

Dies kann einerseits durch gezielte zusätzliche Eintritte bei den Grünen geschehen (eine Reihe von Genoss(innen) arbeitet dort ja schon), andererseits durch den Versuch, das Verhältnis zu den linken Grünen etwas zu „entspannen“, wo das möglich ist. Darunter stelle ich mir vor, daß man ihnen publizistisch Schützenhilfe leistet, daß man stärker die Diskussion und gemeinsame Aktivitäten vor Ort mit ihnen sucht, daß man mehr Verständnis für ihre Probleme aufbringt, sie nicht immer gleich als „Verräter“ angreift usw. Letzteres halte ich für wichtiger als die Eintritte. Eintritte in die Grünen müßten an den Orten überlegt werden, wo eine solche „Entspannung“ des Verhältnisses zu linken Grünen „von außen“ überhaupt nicht möglich ist. Zusammenfassend stelle ich mir vor, daß man das in Münster formulierte Verständnis für eine Zusammenarbeit nicht ändern, sondern stärker in die Tat umsetzen sollte: *„Die autonomen Buntten/Alternativen sind an einem starken linken Flügel bei den Grünen interessiert (und nicht an einem schwachen) – die linken Grünen müßten ebenso an starken und lebensfähigen buntten und alternativen Listen interessiert sein, weil sie sonst sehr schnell von den Rechten überrollt werden würden.“*

Ganz energisch plädiere ich dafür, nicht dem kurzfristigen taktischen Machtpoker zu verfallen, der uns nur selbst schaden würde, sondern viel stärker an der Analyse der Grünen und ihrer verschiedenen Strömungen zu arbeiten, sich gründlich mit Bahro auseinanderzusetzen, Einschätzungen zu treffen, die auch längerfristige Entwicklungstendenzen berücksichtigen usw.

Dies entspricht nicht nur unseren Kongreßbeschlüssen, sondern ist auch am ehesten geeignet, auf Gegenliebe bei anderen Linken zu stoßen.

Dies läßt sich auch in einem Satz sagen: Tausend zusätzlich verkaufte AKs würden uns im Moment mehr bringen als tausend KB-Eintritte bei den Grünen.

de 6.4.1980

## Zur Grünen-Diskussion

1. Ich stimme Kts Thesen zur Einschätzung weitgehend zu, wenngleich ich in zwei Punkten es etwas anders sehe: So glaube ich nicht, daß man die rechte Gefahr bei den Grünen zu stark nach ihrem desolat erscheinenden Auftreten in Saarbrücken beurteilen soll. Im Dreieck gehüpft sind eigentlich nur die harten rechten Ökologen, die Strategen (Dinne, Hasenclever) haben eher durch auffallende Zurückhaltung geblänzt. Daher kann man Dinne kaum als „den großen Verlierer“ bezeichnen. Er hat für seine Strategie einen Erfolg in Karlsruhe verbuchen können und er war sich zudem offensichtlich bewußt, daß über die Programmdiskussion und eine demokratische Beschlußfassung sein „Modell“

nicht verwirklicht ist. Deshalb hat er auch vorher seinen Unmut über die Programmdiskussion geäußert und versucht, sie runterzuspielen (Programm ist formale Scheiße, die wir wegen dem Wahlgesetz erfüllen müssen) und für ein Rumpfrogramm ausgesprochen (auch das ist nicht neu, das haben er und sein Kreis bereits in Bremen praktiziert, das gehört zu ihrem „Modell“). Insofern setzt er mit Sicherheit nicht auf Mehrheiten, (wenngleich er solche sicher dankbar aufgenommen hätte) und war Realpolitiker genug zu erkennen, daß in Saarbrücken für seine Absichten nichts drin ist (gleiches scheint – nach allem, was ich über sein Engagement gehört habe – für Hasenclever zu gelten). Diese Leute sind Machtpolitiker, für die demokratische Entscheidungswege eher hinderlich sind. Daher ist von dieser Seite auch eher zu erwarten, daß sie viel stärker machtpolitisch agiert und mit Sicherheit an der Achse Bremen – Baden-Württemberg schon mehr gefeilt haben, als dies bisher offensichtlich wurde (nicht umsonst hat Dinne sich so in BaWü engagiert, und das nicht allein als Stimmeneinsammler). Die Leute wissen natürlich, daß ein Block beispielsweise der beiden Grünen-Fraktionen, die sichtbare Erfolge erzielt haben (über 5 %), mehr Druck- und Machtmittel sind, als die sowieso mit viel mehr Mühen verbundene Herstellung von demokratischen Mehrheiten und Dinne weiß – und hat dies bereits einmal erfolgreich ausgespielt – um die Erpreßbarkeit der Linken. Da ist noch einiges zu erwarten. Eine Anmerkung noch zur ZL: La. hat mir gegenüber angedeutet, daß sie auf jeden Fall den Bruch mit Gruhl vermeiden wollen und ihn unter allen Umständen (?) halten wollen. Dabei ist ihre wichtigste Trumpfkarte Hausleire geworden. Sie hoffen, daß die harten Rechten blindwütig reagieren und abbröckelnd die Grünen verlassen und daß andererseits Saarbrücken einen neuen Sog in der Linken bewirken wird, so daß auf dem Wege die Linke eine solidere Basis erfährt, als dies mit den Saarbrücker Mehrheiten der Fall war.

2. Nicht zustimmen kann ich allerdings der im AK-Artikel angedeuteten Stoßrichtung, die Kt. im letzten Abschnitt seiner Thesen ausformuliert hat. Die Bunt/Alternativen sind lahm (die BuLi ist wahrscheinlich mehr: tot). Von dieser Position aus ist kein/kaum ein Eingreifen in die Wahlentwicklung möglich (derzeit zumindest). Diese Entwicklung ist trotz eines relativen Erfolges in Münster unaufhaltsam weitergegangen. D.h.: von unserer wichtigsten Bastion aus sind die Hände gebunden.

Andererseits hat die Auseinandersetzung um die Grünen mit den Linken uns in eine Frontstellung zu den Grünen gebracht, die uns eigentlich nicht recht sein kann, die ich in ihrer Entwicklung allerdings für unvermeidlich halte. Dies

haben wir in Münster aufzubrechen versucht (mit teilweisem Erfolg), desgleichen haben wir es in Vorbereitung der letzten BuLi-VV versucht (Resolutionsvorlage), erfolglos. Wir sind daher innerhalb der Grünen und gegenüber dieser Partei in einer isolierten Position, was wir als Tatsache feststellen müssen. Wir haben gleichzeitig in der Organisation und in großen Teilen der bunt-alternativen Bewegung sowie der Linken, die eh nichts von der Grünen-Frage hält, eine Situation, daß diese Frontstellung nicht nur objektiv, sondern in nicht geringerem Maße subjektiv und sehr emotional ist. Auch das ist eine Tatsache, die wir erstmal feststellen müssen. Vielfach ist in der Auseinandersetzung um die Grünen eben nicht nur um Prinzipien (oder Essentials) argumentiert worden, sondern es ist auch sehr prinzipiell argumentiert worden, und wir stehen in diesen Teilen der Linken in dem (z. T. durchaus zweifelhaften) Ruf, die „Avantgarde“ dieser Position zu sein. Ich habe das aufgeschrieben, weil dies meiner Ansicht nach verdeutlicht, daß für eine notwendige flexible Politik gegenüber den Grünen unsere Ausgangsbedingungen nicht sehr günstig sind.

Vor diesem Hintergrund bedeutet ein AK-Artikel, der den Eindruck nahelegt, daß der KB jetzt in die Grünen einsteigt – keine Annäherung an (ehrlche) linke Grüne (die ZL mein ich eh nicht), sondern ein zu erwartendes großes Mißtrauen von dieser Seite (die ja subjektiv ehrlich um linke Positionen gekämpft hat und sich jetzt erfolgsbestätigt sieht), das wir erst durch eine vernünftige Zusammenarbeit abbauen können. Der AK-Artikel muß aber eher den Eindruck nahelegen: „Hoppla, jetzt komm ich“. Unsere Glaubwürdigkeit wird auf dem Wege nicht erhöht und unsere Links-Grünen Gegner werden dies mit Sicherheit weidlich ausschlagen. – die Gefahr des Verlustes der Glaubwürdigkeit gegenüber den bunt-alternativen-autonomen, die z.T. mit uns durch dick und dünn gegangen sind und jetzt unsere Abwendung von ihnen befürchten; das ist zwar in der Wahlfrage unbedeutend, weil große Teile von ihnen für eine solche Politik eh nicht gewinnbar sind (derzeit wenigstens), erschwert aber die Zusammenarbeit möglicherweise auf anderen Sektoren.

Ich denke, daß die im Artikel angedeutete Stoßrichtung von kurzfristigen Überlegungen ausgegangen ist, die zudem zu wenig berücksichtigen, daß für einen Taktikwechsel nach Saarbrücken zwar die Situation in den Grünen besser geworden ist, nicht aber unsere Ausgangslage im Verhältnis zu den Grünen. Meine Konsequenz? Wir sollten auf jeden Fall deutlich zu erkennen geben, daß wir die kritische Distanz zu den Grünen aufgeben, daß der KB sich mit den Linken solidarisiert (was nicht iden-

tisch sein muß mit einem Aufruf, der den Eintritt in die Grünen nahelegt) und eine solche Entwicklung der Grünen begrüßt und fördert. Wir sollten aber auf keinen Fall die Distanz zu den Grünen als Organisation KB aufgeben: 1. Weil wir Verpflichtungen haben (siehe weiter oben) und uns das m.E. nach nicht viel bringt (kurzfristig) und 2., weil es uns verpflichtet (dazu weiter unten).

Deshalb schlage ich vor:

– Unterstützung der Grünen in NRW (weniger durch Plakatekleben, wie u.a. Detlef schreibt), sondern beispielsweise durch einen KB-Wahlauftrag für die Grünen, durch ein Überwinden der distanzierten Haltung der Bunt-Alternativen (etwa Köln und Münster) oder von Teilen von ihnen. Die sollten auf jeden Fall Pro-Grünen-Wahlkampf in ihren Bereichen machen, eventuell sollten wir einen landesweiten Aufruf dieser Listen initiieren.

– Einen ausgesucht gezielten Einsatz von uns bei den Grünen unter den Gesichtspunkten einer echten Bündnis- und Grünen-Massenarbeit (dort wo's lohnenswert ist) sowie Erringung einer möglichst starken und glaubwürdigen Position, von der aus wir auch Bündnispolitik innerhalb der Grünen machen können und bei den linken Grünen mitmischen können.

Warum ich gegen eine Publizierung bin, die die massive Unterstützung der Grünen durch den KB nahelegt, begründet sich auch aus der damit verbundenen Verpflichtung: ich selber bin sehr pessimistisch, was den Zustand und die Möglichkeiten des KB angeht, eine erforderliche qualifizierte Politik bei den Grünen zu machen) vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten Ausgangssituation). Ich stelle durchaus die Frage, ob ein solcher Einsatz angesichts vielfältiger anderer Probleme a) möglich und b) sinnvoll ist, da ich davon ausgehe, daß dies wesentlich ein Kader- (und nicht ein Masseneintritt) sein sollte, der dann auch qualifiziert angeleitet werden muß. Damit will ich auch die Überlegung ins Spiel bringen, ob wir nicht überhaupt diese Frage zunächst einmal für uns weitgehend als erledigt ansehen und sie schwerpunktmäßig propagandistisch verfolgen, den Anspruch einer eigenen Politik bei den Grünen damit erstmal fallen lassen. Ich finde, auch dieser Punkt will wohlüberlegt sein, aber vielleicht bin ich ja zu pessimistisch.

Hr., 28.3.80

# Bundestagswahl und „alternative Bewegung“

## 1. Schmidt und/oder Strauß

Die „Alternative“ Schmidt oder Strauß ist die reichste Konstellation seit Gründung der Bundesrepublik.

Anfang der 60er Jahre war deutlich geworden, daß die Epoche der Adenauerschen Reaktion (samt ihrer reaktionarischen Außenpolitik) sich überlebt hatte. Dies führte zunächst zu einer kurzen Zwischenetappe der Großen Koalition und 1969 schließlich zur Sozialliberalen Koalition SPD/FDP.

Die SPD trat mit dem Versprechen an, die hinterlassenen Probleme der Adenauer-Zeit progressiven und sozialen Lösungen zuzuführen:

- = Erweiterung der demokratischen Rechte.
- = Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen, Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw.

- = Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion statt „Kaltem Krieg“.

Der Sturz der Regierung Brandt 1973 bezeichnet das Ende dieser kurzen Zwischenphase und eine scharfe Rechtswendung der Regierungspolitik. Ohne diese Rechtswendung und die seither erfolgte reaktionäre Politik gäbe es für die Kanzlerkandidatur von Strauß keine Basis. Für diese Konstellation ist in erster Linie die „sozialliberale“ Regierungspolitik verantwortlich zu machen.

Diese Rechtsentwicklung ist der SPD-Führung gelungen, ohne daß es bisher zur Herausbildung einer parlamentarischen Linksoption oder auch nur zur Entstehung einer neuen sozialdemokratischen Reformpartei gekommen ist. Das hat zu der in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Situation geführt, daß es keine parlamentarische Linksoption gibt, somit auch keine relevante Entscheidungsmöglichkeit für „die Wähler“. Daß es nach sieben Jahren Schmidt-Regierung nur erste Ansätze einer solchen Linksoption gibt (in Gestalt der GRÜNEN und der BUNTEN/Alternativen Listen), demonstriert die Schwäche der gesamten westdeutschen Linken. Es demonstriert aber auch, daß der großen Mehrheit der Bevölkerung im wesentlichen immer noch Bewahrung statt Veränderung des Bestehenden als ihr Interesse erscheint. Die außerparlamentarischen Oppositionsansätze auf einzelnen Feldern (Bewegung gegen das Atomprogramm, Anti-Kriegs-Aktionen, Aktionen gegen den § 218 usw.) sind noch weit davon entfernt, sich zu einer ganzheitlichen politischen Opposition zusammenzuschließen.

Wer Strauß verhindern wolle, müsse Schmidt wählen, ist ein zentrales Wahlkampfangewort der SPD. Dieses Argument ist doppelt falsch:

1. Ist gerade die Unterwerfung unter die Logik des „kleineren Übels“, der fatale Rückstand bei der Schaffung einer sozialistischen Opposition innerhalb wie außerhalb der SPD, wesentlich mitverantwortlich für die Tatsache, daß heute ein Strauß gegen einen Schmidt kandidieren kann. Sich dieser Logik nochmals zu unterwerfen, kann nur dazu führen, daß die Konstellationen zukünftig noch weiter nach rechts gerückt werden.

2. Ist die „Wählerstimme“ nur bedingt relevant für die künftige Regierungsbildung. Schließlich kalkuliert die SPD sogar die Möglichkeit einer Neuaufgabe der Großen Koalition ein, falls – wider alles Erwarten – die GRÜNEN in den Bundestag kommen und die Freidemokraten herausfallen. (Eine Drohung, die schändlicher Weise von Linksozialdemokraten und einer Strömung des SB als Argument gegen die GRÜNEN angeführt wird.)

Angesichts der faktischen Neuaufgabe der Großen Koalition in Bonn, d.h. der weitgehenden Übereinstimmung zwischen Schmidt und Strauß, ist eine „kritische Unterstützung der SPD“ – wie sie immer noch von einem, allerdings kleiner gewordenen Teil der Linken befürwortet wird – noch offensichtlicher als schon 1976 ein Mandat für die Fortsetzung der Rechtsentwicklung.

Die Linke muß den Bundestagswahlkampf dazu nutzen, diese Rechtsentwicklung verstärkt ins Bewußtsein des Volkes zu bringen und einen möglichst starken Protest gegen die herrschenden Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Ein „Anti-Strauß-Wahlkampf“, der sich nicht in erster Linie gegen die herrschende Politik richtet, sondern zur Personal-Agitation gegen die Figur von F.J. Strauß verkommt, nutzt allenfalls der SPD. Für die Linke kann es nur darum gehen, die Kandidatur von Strauß – als eines besonders brutalen und verhaßten Repräsentanten bürgerlicher Politik – dazu zu nutzen, um den Kampf gegen die herrschende Politik der Reaktion nach innen und des Expansionsstrebens nach außen zu verbreitern und zu verstärken.

In diesem Sinn verstanden kann der besondere Kampf gegen den Kanzlerkandidaten der äußersten Reaktion eine positive Rolle spielen. Wichtiger als die Parole „Stoppt Strauß!“ müssen aber für die Linke inhaltliche Parolen wie „Stoppt die imperialistische Krieg“, „Stoppt die Kriegsrüstung“, „Stoppt das Atomprogramm“, „Stoppt den Polizeistaat“ usw. sein. Also eine Stoßrichtung, die gerade das Gemeinsame von Schmidt und Strauß betont, statt sich so ausschließlich auf das Schwarzmalen von Strauß zu beschränken, das nachgerade eine Be-

schönigung von Schmidt herauskommt.

Das Wichtigste werden im Wahlkampf die außerparlamentarischen Aktionen sein. Diese Zeit besonderer politischer Aufmerksamkeit muß dazu genutzt werden, in mehreren Großaktionen und in einer Vielzahl örtlicher Aktionen die Kampfthemen der letzten Monate zu konzentrieren: Gegen das Atomprogramm, besonders gegen die Atommüll-Pläne in Gorleben; gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr; gegen die Zerstörung von Wohnraum und Wohngebieten.

Verglichen mit den außerparlamentarischen Aktionen kommt dem Protest im parlamentarischen Rahmen, dem Protest mit dem Stimmzettel, nur eine sehr geringe Bedeutung zu, soweit es konkret diese Bundestagswahl angeht. Die „Proteststimmen“ (GRÜNE, DKP) werden insgesamt bei etwa 3 %, maximal bei 4 % liegen. 96 - 97 % der Wählenden werden hingegen mit dem Stimmzettel ihre Zustimmung zur herrschenden Politik bekunden. Auf dieser Ebene stellt sich also die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse sehr viel schwächer dar, als sie im realen Leben, in den vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ist. Sich in dieser konkreten Situation 1980 zur Bundestagswahl zu stellen, kann der Linken keinen Nutzen bringen, sondern nur zur unfreiwilligen Demonstration scheinbarer Schwäche geraten.

Tatsache ist allerdings, daß die GRÜNEN und die DKP sich trotzdem an der Wahl beteiligen werden, außerdem noch die „Volksfront“ der KPD/ML und möglicherweise auch der KBW. Da dies nicht zu verhindern ist, liegt es im Interesse der Linken, auf dieses Spektrum von „Protestpartei“ möglichst viele Stimmen zu vereinigen, d.h. die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis nach Möglichkeit abzumildern.

In Frage kommen hierfür nach unserer Auffassung nur die GRÜNEN und die DKP, da sonstige mögliche Bewerber – wie die KPD/ML, „Volksfront“ – keine relevante Strömung in der Linken ausdrücken.

Die DKP hat gegenüber den GRÜNEN das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm. Im Gegensatz zu den GRÜNEN benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des „realen Sozialismus“. Das Programm der GRÜNEN ist hingegen, neben starken fortschrittlichen Elementen, auch belastet mit reaktionärem Schrott und vielerlei Unzu-

länglichkeiten (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, § 218 u.a.m.).

Da eine Aussicht, zu einer parlamentarischen Vertretung des „Protestpotentials“ zu kommen, bei dieser Bundestagswahl nicht besteht, kommt den programmatischen Aussagen der konkurrierenden „Protestparteien“ besondere Bedeutung zu. Unter diesem Aspekt wiegt eine Stimme für die DKP (oder selbst für die „Volksfront“) als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen GRÜNEN.

Für die GRÜNEN spricht andererseits, daß sie zweifelsfrei die stärkste Partei des „Protestspektrums“ (auf der Stimmzettel-Ebene) sind. Sie sind überhaupt die Einzigen innerhalb des „Protestspektrums“, die – zusammen mit den örtlichen und regionalen BUNTEN/ALTERNATIVEN LISTEN – längerfristig eine Chance als parlamentarische Alternative bzw. als eine Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den GRÜNEN die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verkalkte und finanziell abhängige DKP bieten die GRÜNEN eine Chance, Teil des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Alternative zu werden.

Wir werden deshalb die Kandidaten der GRÜNEN unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der „Proteststimme“, in erster Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl.

## Der Protest mit dem Stimmzettel

Die Grüne Partei ist bisher in der Hauptsache ein geradezu klassisches Zwickbündnis und als solches ein Kind der bundesdeutschen 5 %-Klausel. In der Grünen Partei sind unterschiedlichste, teilweise offen antagonistische Strömungen zusammengekommen, die jede für sich selbst derzeit nicht in der Lage wären, mit hinreichender Erfolgchance auf Überwindung der 5 %-Klausel an den Bundestagswahlen teilzunehmen, zumal dann nicht, wenn diese unterschiedlichen Strömungen mit separa-

ten Listen gegeneinander konkurrieren würden (ähnliches gilt für die meisten kommunalen und regionalen Wahlen).

Eine „Synthese“ oder ein „Kompromiß“ ist aber längerfristig zwischen den Strömungen des derzeit bei den GRÜNEN vertretenen Spektrums nicht möglich. Das gilt zugespitzt vor allem für die Widersprüche zwischen den Marxisten in der Partei einerseits und den Strömungen der selbsternannten Gralshüter des „wahren Ökologismus“ andererseits. Es kann keinen Kompromiß oder Mittelweg geben zwischen der Unterstützung der Arbeiterkämpfe einerseits und Verzichtspredigten an die Arbeiterklasse andererseits. Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem Eintreten für soziale Forderungen einerseits und dem Eintreten für Kürzungen am Sozialhaushalt andererseits. Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper einerseits und der Leugnung dieses Rechts andererseits.

Für alle diese und weitere Widersprüche lassen sich vorübergehend möglicherweise raffinierte Formulierungen und Tauschgeschäfte auskugeln, nicht aber dauerhaft tragfähige Lösungen innerhalb einer Partei finden. Denn die Partei muß zwangsläufig programmatische und praktische Antworten auch und gerade für die innerhalb der Partei kontrovers beantworteten Fragen geben. Und sie muß diese Antworten mit einer gewissen Einheitlichkeit geben, falls sie nicht unglaubwürdig werden will.

Nach dem Saarbrückener Parteitag ist die Unversöhnlichkeit der Widersprüche im Gründungsspektrum der GRÜNEN offensichtlich geworden. Dies äußert sich unter den konkreten Umständen mit dem Austritt rechter Kräfte aus den GRÜNEN und/oder einem angekündigten Boykott des Bundestagswahlkampfes der GRÜNEN.

Dieser sich abzeichnenden Spaltung gegenüber verfolgt die Mehrheit der GRÜNEN bisher immer noch das Konzept einer Aussöhnung der Widersprüche durch programmatische Zugeständnisse an die Rechten. Mit diesem Versuch, das Gründungsspektrum der GRÜNEN wieder zu stabilisieren, wird eine Erweiterung des Spektrums nach links verhindert bzw. verzögert: Die GRÜNEN können nicht zur Gewinnung von Teilen der Arbeiterwähler des SPD-Potentials kommen, solange sie statt einer Orien-

tierung an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorstellungen gerade dieses Potentials die programmatische und politische Versöhnung mit den Rechten anstreben.

Aufgabe der marxistischen Kräfte muß es sein, die Unversöhnlichkeit einer demokratisch-progressiven Alternative mit den Positionen der Reaktionäre und selbsternannten Gralshüter des „wahren Ökologismus“ nachzuweisen und den unvermeidlichen Bruch mit den Rechten voranzutreiben. Diese Aufgabe wird von den marxistischen Kräften bei den GRÜNEN bisher nicht wahrgenommen, die sich stattdessen opportunistisch dem Streben nach Versöhnung mit den Rechten und Verhinderung des Bruchs anpassen.

Diese Aufgabe wird aber auch vom KB bisher innerhalb der GRÜNEN nicht wahrgenommen. Diese Lage der Dinge betrachten wir selbstkritisch als unzureichend. Wir sprechen uns deshalb für eine deutlich breitere und systematische Mitarbeit des KB in der Grünen Partei aus. Diesem Entschluß liegt auch die Einschätzung zugrunde, daß die Widerspruchsentwicklung bei den GRÜNEN Teil des Parteibildungsprozesses einer sozialistischen Alternative ist. In der Grünen Partei sammeln sich einige (keineswegs alle, nicht einmal die meisten) Kräfte, die für die Herausbildung einer sozialistischen Partei eine positive Rolle spielen können. Angesichts der Krise aller sozialistischen/Marxistischen Organisationen der Bundesrepublik und angesichts der anhaltenden politisch-organisatorischen Stagnation in der Arbeiterbewegung sind die GRÜNEN vorübergehend (keineswegs langfristig) zum Schwerpunkt des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden bzw. haben die Chance, vorübergehend dazu zu werden. Die Grüne Partei kann diese positive Rolle allerdings nur spielen, wenn mit dem bisherigen Konzept (Versöhnung mit den Rechten, Reduzierung auf ein Kompromiß-Programm mit den selbsternannten Gralshütern des „wahren Ökologismus“) gebrochen wird. Wird dies nicht erreicht, so gerät die Grüne Partei in die Gefahr, zu einem Hindernis, zu einer Verzögerung im sozialistischen Parteibildungsprozeß zu werden.



# Thesen zur Perspektive der Grünen Partei

Thesen, 1980 geschrieben für ein gemeinsames Broschürenprojekt von KB, Gruppe Z und den „Komitees

für Demokratie und Sozialismus

## Zweckbündnis gegen die 5%-Klausel

Die Grüne Partei ist bisher in der Hauptsache ein geradezu klassisches Zweckbündnis und als solches ein Kind der bundesdeutschen 5%-Klausel. In der Grünen Partei sind unterschiedlichste, teilweise offen antagonistische Strömungen zusammengekommen, die jede für sich selbst derzeit nicht in der Lage wären, mit hinreichender Erfolgchance auf Überwindung der 5%-Hürde an den bürgerlichen Wahlen teilzunehmen, zumal dann nicht, wenn diese unterschiedlichen Strömungen mit separaten Listen gegeneinander konkurrieren würden.

Um dem Bündniszweck näher zu kommen, muß das Spektrum der Grünen Partei nach rechts und links so breit sein, daß sich keine relevanten konkurrierenden Parteien mit grün/alternativem Anspruch bilden können. Diese Breite des Spektrums muß auch im Programm, in der Verteilung der innerparteilichen Macht usw. durchschlagen.

Entgegen Thesen aus unterschiedlichen Teilen der Grünen Partei ist diese aber weder der „historische Kompromiß“ jenseits angeblich überholter politischer Definitionen („Rechts und Links“, „Fortschrittlich und Konservativ“), noch ist sie die „Synthese von ökologischer und radikaldemokratischer Bewegung“.

Eine „Synthese“ oder ein „Kompromiß“ zwischen den Strömungen des derzeit in der Grünen Partei vertretenen Spektrums ist nicht möglich. Das gilt zugespielt vor allem für die Widersprüche zwischen Marxisten in der Partei einerseits und dem Spektrum der selbsternannten Gralshüter des „wahren Ökologismus“ andererseits (die Ablehnungsfront gegen das Saarbrückener Programm). Das gilt ähnlich auch für die Widersprüche zwischen einer marxistischen Sicht der Weltlage einerseits und der sozialchauvinistischen Sicht andererseits, wie sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit von den Resten der aufgelösten „KPD“ innerhalb der Grünen Partei verfochten wird. Das gilt für die unterschiedlichen Positionen in der „Gewaltfrage“ usw.

Derart antagonistische Widersprüche können zwar in punktuellen Aktionsbündnissen ausgehalten werden – vor allem dann, wenn der Gegenstand des Aktionsbündnisses nicht die zentralen Widersprüche berührt – beispielsweise in der Anti-AKW-Bewegung, wo es starke gemeinsame Interessen gibt. Es ist aber unmöglich, diese Widersprüche in einer Partei auf längere Sicht zu ertra-

gen oder gar miteinander zu versöhnen. Denn die Partei muß zwangsläufig programmatische und praktische Antworten auch und gerade für die innerhalb der Partei kontrovers beantworteten Fragen (z.B. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Außen- und Friedenspolitik) geben. Und sie muß diese Antworten mit einer gewissen Einheitlichkeit geben. Eine Situation, bei der beispielsweise die Landesverbände je nach Dominanz der einen oder anderen Orientierung kontroverse Politik in zentralen Fragen betreiben, ist zwar kurzfristig denkbar – würde aber rasch zu mindest zur Unglaubwürdigkeit der Partei führen.

## Dominanz der „Mittelkräfte“

In der heterogenen, teilweise antagonistisch zusammengesetzten Grünen Partei könnte – selbst bei einer hypothetischen Parteitage-Mehrheit – weder der marxistische noch der „wahrhaft ökologische“ Teil die eigenen programmatischen und politischen Vorstellungen durchsetzen, ohne den Zerfall des Bündnisses zu provozieren. Das Wesen dieses Zweckbündnisses drängt zum „Kompromiß“. Hieraus ergibt sich die starke Stellung der „Mittelkräfte“.

Entgegen den Siegesfeiern einiger Marxisten in der Grünen Partei hat der Parteitag von Saarbrücken nicht die Linke, sondern die „Mittelkräfte“ als Sieger gesehen. Das in Saarbrücken beschlossene Programm enthält kaum spezielle Auffassungen der Linken. Vor allem für die umstrittenen Programmpunkte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Außen- und Friedenspolitik gilt, daß diese mit dem Programm der AUD – der am besten organisierten Gruppe der „Mittelkräfte“ – viel mehr Ähnlichkeit haben als mit marxistischen Programmen.

Beispielsweise enthält das in Saarbrücken beschlossene Programm den Satz: „Die Großkonzerne sind in überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden“. Abgelehnt wurde ein Antrag, der in diesen Satz noch die „Überführung in gesellschaftlichen Besitz“, einfügen wollte. Das AUD-Programm, zum Vergleich, enthält in diesem Zusammenhang die Forderungen nach „politischer Entmachtung des Großkapitals“, „Beseitigung aller Monopole auf dem Zeitungsgelände“, „Vergesellschaftung der Großunternehmen, die allein oder als wenige den Markt bestimmen“, „Umwandlungen der Kon-

zerne und aller für die Gesellschaft wichtigen Betriebe in Genossenschaften“, „Vergesellschaftung des Bankwesens“.

Das ist zwar kein sozialistisches Programm (auch wenn die AUD es als „Sozialismus der Zukunft“ bezeichnet), aber es geht insgesamt weiter als das, was in Saarbrücken zu diesem Punkt beschlossen wurde.

Auch in den außenpolitischen Aussagen steht das Saarbrückener Programm der AUD näher als marxistischen Vorstellungen und Schlußfolgerungen. Das AUD-Programm geht davon aus, daß „der Imperialismus mit seinem Ausweitung, Unterwerfung- und Ausbeutungswillen... überwunden“ werden müsse zugunsten eines „Weltgleichgewichts“, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem „freien Sozialismus“ beruhen müsse. Im Einzelnen wird im AUD-Programm gefordert:

- + Überwindung und Auflösung der Militär- und Wirtschaftsblocke.
- + „Gesicherte Neutralität“ für „ganz Deutschland“ und Mitteleuropa.
- + Blockfreiheit.
- + Abzug aller Besatzungstruppen aus BRD und DDR.
- + Verzicht auf Atomrüstung.
- + Atomwaffenfreie Zone und „umfassende Abrüstung“ in Mitteleuropa.

## Spaltung des „grünen“ Spektrums

Bereits in Saarbrücken zeigte sich die Unmöglichkeit, das gesamte Spektrum der Grünen Partei mit diesem Programm zusammenzufassen. Erhebliche Kräfte haben sich nach Saarbrücken zu einer Ablehnungsfront zusammengeschlossen, um eine Revision des Programms durchzusetzen.

Diese Forderung zeugt nicht von besonderer Starrköpfigkeit und Kompromißunfähigkeit dieser Kräfte, sondern entspricht der realen Unversöhnlichkeit der Widersprüche im derzeitigen grünen Spektrum.

Es kann beispielsweise gar keinen Kompromiß oder Mittelweg geben zwischen der Unterstützung der Arbeiterkämpfe einerseits und Verzichtspredigten an die Arbeiterklasse andererseits. Es kann keinen „Kompromiß“ geben zwischen einem Olaf Dinne, der Streichungen am Bremer Sozialhaushalt fordert, und jenen anderen Kräften bei den Grünen, die sich für eine Erhöhung der Sozialausgaben (auf Kosten von Rüstung, Polizei etc.) einsetzen. Es

kann keinen Kompromiß geben zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper und der faschistoiden Verteilung der Abtreibung beispielsweise durch die Mehrheit der GAZ.

Für alle diese Widersprüche lassen sich vorübergehend möglicherweise raffinierte Formulierungen und Tauschgeschäfte auskugeln, nicht aber dauerhaft tragfähige Lösungen innerhalb einer Partei finden.

Die Grüne Partei scheint noch schneller als bei ihrer Gründung zu erwarten auf den Punkt zuzusteuern, an dem sich das in Karlsruhe zusammengeführte Spektrum als zu breit erweist. Diese Beschleunigung des Wieder-Auseinanderfallens des grünen Spektrums hängt eng mit der offensichtlichen Chancenlosigkeit der grünen Bundestagskandidatur in diesem Jahr zusammen. Unmittelbarer Zweck dieses Bündnisses war die Erreichung eines möglichst respektablen Ergebnisses bei der Bundestagswahl, optimal die Eroberung einer parlamentarischen Repräsentanz.

Realistisch betrachtet sehen aber die Chancen, diesen Bündniszweck zu erreichen, nicht gut aus: Wenn man die Ergebnisse der Landeswahlen von Bremen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit den entsprechenden Ergebnissen der Europa-Wahlen 1979 „hochrechnet“, so ergibt sich, daß die Grüne Partei im Bundesdurchschnitt ungefähr auf 3,5 – 3,6% kommen könnte. Real wird das Ergebnis voraussichtlich noch schlechter aussehen, da „Protestparteien“ durchweg bei Kommunal- und Landeswahlen mehr Stimmen bekommen als bei den Bundestagswahlen. Dies gilt erst recht in einer Situation, wo wahrscheinlich bis zum letzten Tag des Wahlkampfes die Möglichkeit eines Sieges von F.J. Strauß beschworen werden wird.

Da von dem Wahlausgang ohnehin eher eine Schwächung als eine Stärkung der Grünen zu erwarten ist, fällt es der Ablehnungsfront leicht, mit ihrer Unterstützung für diesen Wahlkampf zu pokern.

Eine Reduzierung des Spektrums der Grünen Partei ist somit vorprogrammiert. Rein hypothetisch könnte diese Reduzierung sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite des Spektrums erfolgen. Der derzeitige Stand spricht aber dafür, daß die Reduzierung wahrscheinlich auf dem rechten Flügel des Spektrums erfolgen wird, d.h. bei den selbsternannten Gralshütern des „wahren Ökologismus“. Mit den Massenaustritten rechter Grüner in Schleswig-Holstein hat diese Reduzierung bereits begonnen. Diese Reduzierung wird sich wahrscheinlich in Schüben vollziehen, teilweise erst nach der Bundestagswahl.

Die bereits erkennbare Spaltung der in Karlsruhe gegründeten Grünen Partei würde vor allem in zwei Punkten das zukünftige Gesicht der alternativen Wahlbewegung wesentlich beeinflussen:

1. Das Ziel, durch einen denkbar breiten Zusammenschluß konkurrierende Kandidaturen zu vermeiden, wäre wieder in Frage gestellt.
2. Jede mögliche Reduzierung des Spektrums der Grünen Partei würde eine Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses zuungunsten der „Mittelkräfte“ zur Folge haben. Diese würden faktisch ihre bisherige dominierende Stellung verlieren. Eine solche Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses würde mit einiger Wahrscheinlichkeit auch auf Programmatik, Politik und Personalentscheidungen der Partei durchschlagen. Das würde zu einer stärkeren Differenzierung der „Mittelkräfte“ führen und für Teile dieser Kräfte nicht mehr akzeptabel sein – sodaß schließlich eine weitere Reduzierung des Spektrums folgen würde. Nach Lage der Dinge weist diese Perspektive auf eine Trennung der Grünen Partei von ihren konservativen, aber teilweise auch von ihren „undogmatisch linken“ Komponenten hin.

## Perspektiven nach der Bundestagswahl

Eine grüne Bundespartei als real einheitlich handelnde Organisation (und nicht bloß als leere Hülle des verbliebenen Spektrums) ist aus den oben angeführten Gründen nach Abschluß der diesjährigen Bundestagskampagne kaum vorstellbar:

1. Die Konzentration auf ein gemeinsames Ziel entfällt. Stattdessen gewinnen die Sonderinteressen (Kommunal- und Landtagswahlen) an Bedeutung.
2. Der Vergleich zwischen den Landtagswahlen in Hamburg und Westfalen einerseits, Baden-Württemberg andererseits, zeigt eindeutig, daß stark voneinander unterschiedliche soziale Potentiale angesprochen worden sind. Der Versuch, diese Potentiale bundesweit durch eine Partei zu gewinnen, hat wenig Erfolgsaussichten. Die sich abzeichnende Spaltung der Grünen Partei ist gerade auch Ausdruck der Schwierigkeit, eine gemeinsame Basis für die Protestpotentiale aus dem „alten“ und „neuen Mittelstand“, aus der Jugend und möglichst auch noch aus der Arbeiterklasse zu finden.

Nach Abschluß der Bundestagswahl werden daher die kommunalen und alternativen Listen sowie die sie tragenden Basisinitiativen wieder an Bedeutung gewinnen. Die Programme dieser Initiativen und Listen werden sich vom Saarbrückener Programm der Grünen Partei deutlich unterscheiden. Klar ist beispielsweise, daß der klägliche

Kompromiß in Sachen § 218, der in Saarbrücken vereinbart wurde, eindeutigen Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 weichen wird. Klar ist beispielsweise auch, daß allerlei Verquollenes und Konfuses im grünen Wirtschaftsprogramm „überarbeitet“ werden muß, um auf diesem Gebiet zumindest den Stand der Jusos zu erreichen bzw. möglichst darüber hinauszugehen.

## Grüne Partei und Massenbewegungen

Aus diesen Thesen zur Perspektive der Grünen Partei geht hervor, daß wir den Behauptungen linker Grüner, ihre Partei sei Ausdruck der realen Bewegungen („ökologische und radikaldemokratische Bewegung“) und als solche zentrales Kettenglied eines (sozialistischen bzw. radikaldemokratischen) Parteidbildungsprozesses, nach wie vor skeptisch gegenüber stehen. Hierzu ein paar interessante Anhaltspunkte aus der Praxis, die in den Analysen linker Grüner meist unberücksichtigt bleiben:

In keiner einzigen Massenbewegung oder Massenaktion hat bisher die Grüne Partei eine relevante Rolle gespielt. Im besten Fall sind Massenaktionen von der Grünen Partei unterstützt worden. Selbst solche Unterstützung hielt sich aber bisher in bescheidenem Rahmen und hatte oft eher den Charakter von Eigenwerbung (z.B. Besuch von Gruhl im 1004-Dorf).

In den Basisinitiativen ist die Grüne Partei – anders als Bunte/Alternative Listen – nur in seltenen Fällen praktisch verankert. Der vor und nach Karlsruhe prophezeite „Sog“ aus den Basisbewegungen in die Grüne Partei ist ausgeblieben, die Tendenz teilweise sogar wieder rückläufig.

Die Mitglieder-Entwicklung der Grünen Partei stagniert seit Karlsruhe, nachdem sie sich vor Karlsruhe innerhalb weniger Wochen im Bundesmaßstab verdreifacht hatte. Nicht einmal die Niederlage der Rechten in Saarbrücken hat zu einer neuen „Eintrittswelle“ geführt. Besonders eindrucksvoll ist die Entwicklung in Hamburg, dem linken Landesverband der Grünen: Hier gab es zwischen dem 30.11. und 20.12.79 eine Versiebenfachung der Mitgliederzahl, auf 734. Danach trat Stagnation ein. Zum Zeitpunkt von Karlsruhe gab es etwa 750 Mitglieder, Anfang Februar 785, Ende April rund 800.

Der Anteil der wirklich Aktiven unter den eingetragenen Mitgliedern ist sehr gering. Ein neuer Motivierungsschub ist von der Grünen Partei nicht ausgegangen. Teilweise wird diese Problematik durch eine fleißige Stellvertreter-Politik linker Grüner überspielt.

Die Desillusionierung nach der Bundestagswahl dürfte die hier ange deuteten Tendenzen noch verstärken.

Die Grüne Partei ist also unserer Einschätzung nach durchaus nicht das „El des Kolumbus“, als das sie in ihrer Gründungsphase (Winter 79/80) einem Teil der Linken erschien. Insgesamt scheint hier Ernüchterung eingetreten zu sein – was parallel auch der sinkende Stern Rudolf Bahros signalisiert. Wir halten deshalb die bisherige Politik mancher linker Grüner für sehr kurzfristig, zugunsten einer totalen Konfrontation auf die Grüne Partei den engeren Zusammenschluß der örtlichen bunten/alternativen Listen nicht nur zu vernachlässigen, sondern eindeutig zu boykottieren. Wir stellen aus eben diesem Grund auch die Praxis der linken Grünen in Frage, die ihre ganze politische Arbeitskraft und Erfahrung aufwenden, um die schlichte Entdeckung hinauszuzögern, daß die Grüne Partei als solche den Basisinitiativen und realen Bewegungen kaum etwas zu bieten hat.

Daß die Grüne Partei allerdings Teil (aber eben nicht Zentrum) des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Partei in der BRD ist, ist kaum zu bestreiten. Insofern müßte es eine Aufgabe von Kommunisten sein, auch innerhalb der Grünen Partei diesen Prozeß voranzutreiben. Das bedeutet u.a. Forcierung der „historisch“ unvermeidlichen und notwendigen Trennung der Grünen Partei von ihren konservativen und reaktionären Elementen.

Der KB hat zwar niemals grundsätzlich gegen eine Mitarbeit in der Grünen Partei Stellung genommen – auch wenn von interessierter Seite zum 100. Mal das Gegenteil behauptet wird. Der KB hat sich aber bisher nur mit geringen Kräften und wenig Einsatz innerhalb der Grünen Partei engagiert. Seit dem Saarbrückener Parteitag ist diese Praxis Gegenstand interner und öffentlicher kontroverser Diskussionen im KB. Diese Diskussionen haben allerdings bisher ein explizites oder stillschweigendes Votum für die bisherige Praxis – also Mitarbeit nur in geringem Umfang – ergeben. Nach dem Dortmunder Parteitag wird diese Frage erneut auf ein explizites oder stillschweigendes Votum für die bisherige Praxis – also Mitarbeit nur in geringem Umfang – ergeben. Nach dem Dortmunder Parteitag wird diese Frage erneut auf der Tagesordnung stehen.

Zu diesem Papier: Es handelt sich um eine Vorlage des Kommunistischen Bundes für die nächste Ausgabe der gemeinsamen 'Beilage'. Diese erscheint unseres Wissens voraussichtlich im Mai oder Juni. In Absprache mit Vertreterinnen und Vertretern des BWK legen wir diesen Text vorzeitig bereits auf der DK des BWK als Diskussionsmaterial vor. Das beinhaltet auch die Option, auf Grund von Diskussionen mit Genossinnen/Genossen des BWK diese Vorlage vor Erscheinen in der 'Beilage' noch zu verändern, z.B. einzelne Punkte deutlicher herauszuarbeiten, Aspekte zu ergänzen, vielleicht auch Mißverständnisse zu korrigieren usw. Auch bezogen auf den KB selbst ist diese Text-Fassung als diskutierbarer Entwurf zu verstehen, der bis zum Erscheinen in der Beilage noch verändert werden könnte.

LG des KB

## Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte

### Vorbemerkung: Das Definitionsproblem

Wird über linke Organisationen bzw. eine Auswahl (Teilmenge) linker Organisationen, als Kollektiv gesprochen, so stellt sich traditionell ein doppeltes Definitionsproblem ein: Welcher Oberbegriff paßt auf diese Summe, und wer gehört überhaupt dazu? Beide Fragen stehen selbstverständlich in einem logischen Verhältnis zueinander – wer beispielsweise den Oberbegriff „Marxisten-Leninisten“ wählt, hat zweifellos eine kleinere Zahl von Organisationen und Menschen im Sinn als ein anderer, der unter einem Oberbegriff wie „revolutionäre Sozialisten“ zusammenzufassen versucht. Andererseits bietet selbst ein sehr eng gewählter Oberbegriff wie in diesem Beispiel der „Marxisten-Leninisten“ noch keineswegs die Gewähr, daß darunter wenigstens alle das Gleiche verstehen und daß die Zugehörigkeit zu dieser Familie hinreichend eindeutig und unstrittig definiert ist: Eine denkbare Methode der Zuordnung könnte z.B. darin bestehen, alle Gruppen dieser Familie zuzuordnen, die selbst von sich behaupten, „Marxisten-Leninisten“ zu sein. Auf dem Gegenpol könnte man die Ansicht vertreten, daß es per Definition überhaupt nur eine Gruppe geben könne, auf die dieses Prädikat berechtigt anzuwenden ist. Zwischen diesen beiden Polen ist auch noch einiges möglich.

Das Beispiel läßt sich auch auf andere Varianten einer Oberbegriffs-Bildung übertragen. Abgrenzung und Zugehörigkeit zur Familie der „revolutionären Sozialisten“ beispielsweise sind ebenfalls alles andere als eindeutig definierbar. Nur daß in diesem Fall die Nennung sicher sehr viel größer ist, es im Zweifelsfall nicht so genau zu nehmen und die Sache lieber zu weit als zu eng aufzufassen.

Es würde, und nun werden wir endlich mal konkret, wahrscheinlich keine großen Widerstände geben, in den seit längerem operierenden Arbeitszusammenhang mehrerer Organisationen „revolutionärer Sozialisten“, die sich um die 'Beilage' zu ihren Zeitschriften und um die 'Volksfront' gruppiert haben, auch den KB, die GIM und die MLPD zu kooptieren, falls von deren Seite Interesse an einer Integration

angemeldet würde. Es handelt sich (innerhalb ungefähr erkennbarer Grenzen nach rechts) um eine recht offene JeKaMi-Gesellschaft („Jeder kann mitmachen“). Schwierig wäre es sicher, wenn sich die DKP als Interessent anmelden würde, was selbstverständlich nicht geschehen wird, sodaß dies vordergründig als ein nur abstraktes Problem abgetan werden könnte. Es ist darum aber als Problem noch nicht aus der Welt, denn daß die DKP ihrerseits absolut desinteressiert ist, braucht niemanden zu hindern, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß zu den „revolutionären Sozialisten“ die DKP eigentlich zugehören würde und daß man sich folglich ein bißchen um sie bemühen sollte.

Man müßte, wenn man dies von vornherein ausschließt, erst einmal die Begriffe „revolutionär“ und „Sozialisten“ klären. Was soll beispielsweise an der GIM (mit der die KPD sogar schon über einen organisatorischen Zusammenschluß verhandelt) revolutionär sein als an der DKP? Ist die GIM nicht eher eine reformistische Gruppierung, die sich zudem in Fragen der praktischen Taktik häufig im Schlepptau der SPD bewegt? (vgl. etwa ihre Forderungen an die GRÜNEN zur bedingungslosen Unterstützung von SPD-Regierungen). Und ist es nicht so, daß „revolutionär“ von manchen „revolutionären Sozialisten“ nur noch mit „nicht-revisionistisch“ und dies wiederum ganz schlicht mit „nicht DKP“ gleichgesetzt wird? Hier stellt sich gleich die nächste Frage: Was bedeutet beim gegenwärtigen Stand der „revolutionären Sozialisten“ überhaupt noch die Formel „revisionistisch“ bzw. deren Gegenteil? „Revisionismus“ will sagen, daß etwas „revidiert“, und das heißt in diesem Fall: in seinem Wesen verändert, entsteht wird. Der Gegenstand der behaupteten Revision ist der Marxismus-Leninismus. Der Revisionismus-Vorwurf setzt folglich ein einigermaßen helles, ungestörtes Verhältnis zum Marxismus-Leninismus voraus. Wenn eine Organisation selbst derart stark und unüberschaubar in einer geistigen Umbruchphase steckt wie beispielsweise die KPD, wird der Revisionismus-Vorwurf zur bloßen Phrase. Die traditionelle Pose aus ML-

Zeiten, als verteidigte man „die Lehre“ gegen ihre Verfälscher, ist, um ein Modewort zu gebrauchen, obsolet geworden. Im Übrigen ist die „Revisionismus-Kritik“ aller ML-Gruppen (der KB bildet dabei auch keine totale Ausnahme) in ihren wesentlichen Bestandteilen eine Reproduktion chinesischer Vorlagen. Insofern ist es intellektuell nicht gerade konsequent, einerseits die gesamte Politik der KP Chinas so pauschal auf den Müll zu werfen, wie es die KPD seit einer Reihe von Jahren tut, auf der anderen Seite aber an der von der KP Chinas vorgegebenen „Revisionismus-Kritik“ einfach als Traditionsstück festzuhalten, ohne sie gründlich im Licht der eigenen neuen Standpunkte zu überprüfen. Liest man den Aufsatz des KPD-Vorsitzenden Koch in der letzten Ausgabe der 'Beilage', so scheint uns die Abgrenzung zur DKP im Wesentlichen nur noch auf die kontroverse Einschätzung des „realen Sozialismus“ hinauszulaufen. Dann reduziert sich aber der Begriff „revolutionär“ genau besehen auf die Ablehnung des „realen Sozialismus“ als Herrschaft einer neuen Bourgeoisie, während er bezogen auf den Klassenkampf im eigenen Land kaum noch mehr ist als eine hohle Phrase aus vergangenen Zeiten. Da aber genau dieser Punkt, nämlich die Einschätzung des „realen Sozialismus“ zum zentralen Differenzierungspunkt unter den Gruppen um die 'Beilage' zu werden scheint, ergibt sich aus unserer Sicht, daß mit dem Attribut „revolutionär“ in diesem Fall nichts Eindeutiges mehr auszusagen ist.

Dieser Exkurs ist keinesfalls ein Plädoyer für eine Einbeziehung der DKP in Zusammenschlußprojekte, sondern soll lediglich das JeKaMi-Prinzip kritisieren, mit dem hier unter einem relativ anspruchsvollen Titel wie dem der „revolutionären Sozialisten“ gesammelt werden soll. Das ist umso schlechter, wenn auch nachträglich nicht der Versuch gemacht wird, beispielsweise mit Hilfe der 'Beilage', streitend herauszufiltern, was unter den aktuellen Bedingungen mit dem Begriff „revolutionär“ gemeint ist oder gemeint sein könnte. Wie mensch beobachten kann-



# Krise der Linken — Krise des Marxismus?

Thesen, vorgelegt auf dem 1. KB-Kongreß 1980

Die aus der APO-Bewegung hervorgegangene Linke der BRD befindet sich seit längerem in Auflösung und Zusammenbruch. Dieser Prozeß verläuft, mit Zeitverschiebungen, parallel zu ähnlichen Abläufen in Italien, Frankreich u.a. Ländern des kapitalistischen Europas.

Dieses Arbeitspapier enthält in knapper Form einige Einschätzungen und Thesen zu den Auswirkungen der Krise auf die verschiedenen Fraktionen der Linken. Da der KB in den vergangenen Monaten schweren Belastungen (auch Arbeitsbelastungen) ausgesetzt war, andererseits aber dieses Thesenpapier schon dem 1. KB-Kongreß zur Diskussion vorgelegt werden sollte, trägt es unvermeidlich alle Kennzeichen des Zeitdrucks, beschränkt sich auf einige Aspekte des Problems.

Mitglieder des LG des KB

## Die SPD-Linke

Die SPD-Linke hat bei der Liquidierung der APO-Bewegung und ihrer sozialen Reflexe (u.a. auch in Bereichen der Arbeiterklasse, z.B. Lehrlingsbewegung) Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre eine wesentliche integrierende Funktion gehabt. Diese Integration bewirkte zugleich eine zahlenmäßige Stärkung der SPD-Linken.

Trotz dieser Voraussetzungen hat die SPD-Linke es nicht vermocht (und nicht einmal konsequent angestrebt), sich als eigenständige politische Kraft im inner- und außerparlamentarischen Kräftefeld der BRD zu konstituieren. Statt die politischen Perspektiven zu entfalten, die einer reformistischen Linken durch die APO-Bewegung und (abgeschwächt) nochmals Anfang der 70er Jahre durch die Bewegung gegen den versuchten Regierungsputsch der CDU/CSU (1972) gegeben waren, hat sich die SPD-Linke durchweg durch extreme Ängstlichkeit und Unterordnung gegenüber der Regierungspolitik und der Parteispitze ausgezeichnet; damit hat sie die Rechtsverschiebung der SPD und des bürgerlichen Parteien-Systems insgesamt begünstigt.

Die Ablösung des Reform-Demagogen Brandt durch Schmidt (1973) ging einher mit der vollständigen Liquidierung des politischen Spielraums der SPD-Linken und mit einer „Säuberungswelle“ gegen deren unbotmäßige Teile (Ausschlüsse gegen Jusos), die seither als ständige Drohung den Anpassungsdruck gegen die SPD-Linken noch verschärft.

Alle Demagogen (z.T. auch Illusionen), die SPD-Linken (speziell die Jusos) könne innerparteilich im Verlauf der 70er Jahre zu einer relevanten Kraft werden, sind verschlissen. (Das heißt nicht, daß in einer linken Szene mit so extrem kurzem Gedächtnis wie der der BRD solche Illusionen nicht unter etwas gewandelten Bedingungen rasch wieder aufkommen könnten.) Verschlissen sind diese Demagogen nicht in erster Linie durch einen faktischen Unmöglichkeit-Beweis, sondern durch den offensichtlichen Unwillen nahezu aller führenden SPD-Linken, sich überhaupt einen autonomen Spielraum gegenüber der Parteispitze und Regierungspolitik zu erkämpfen.

Anders als 1969 oder selbst noch 1972 ist heute das Angebot der SPD an Reform-Schwindel, sozialer Demagogie usw. praktisch gleich Null. Ihr „Angebot“ an die Linken reduziert sich auf die Behauptung, „immer noch besser als Strauß“ zu sein. Entsprechend reduziert ist gegenwärtig der Spielraum der SPD-Linken für Integrationsversuche gegenüber den Linken außerhalb der SPD.

Das Scheitern einer „sozialistischen Perspektive“ innerhalb der SPD hat bisher nicht zum Entstehen einer autonomen linkssozialdemokratischen Partei geführt, obwohl „objektiv“ durch die Rechtsentwicklung der SPD die Bedingungen für eine solche Partei günstig wären. Derzeit gehen aber Austritte aus der SPD nicht in Richtung eines solchen autonomen linkssozialdemokratischen Pols, sondern ausschließlich zu den „Grünen“.

Das SB, das bisher eine vermittelnde Funktion zwischen den linkssozialdemokratischen Kräften innerhalb und außerhalb der SPD hatte, steht jetzt in Gefahr, sich aufzusplitteln und aufzulösen. Relevante Kräfte, insbesondere der SB-Basis, tendieren zu den „Grünen“ als neuem politischen und ideologischen Bezugspunkt. Demgegenüber gebärden sich die traditionellen Wahlwerber der SPD im SB mit pseudo-radikaler Demagogie als Antiparlamentaristen und Basis-Demokraten. Zugleich knüpfen diese Kräfte auch an dem berechtigten, von den „Grünen“ vernachlässigten Interesse an einem Anti-Strauß-Wahlkampf an.

## Die alternative Wahlbewegung

Die alternative Wahlbewegung hat es in relativ kurzer Zeit geschafft, erstmals seit Niedergang und Verbot der KPD (Anfang der 50er Jahre) wieder eine parlamentsfähige demokratische Alternative zu den etablierten bürgerlichen Parteien zu stellen.

Diese Wahlbewegung vertritt, trotz konservativer und arbeitgeberfeindlicher Komponenten, bisher im wesentlichen demokratische und objektiv antikapitalistische Inhalte. Eben dadurch wirkt sie auch als Quelle und Anziehungspunkt für neue Illusionen in der Linken, als scheinbarer Ausweg aus der „Ghetto-Situation“ der Linken hierzulande. Der seit einigen Jahren laufende Auflösungsprozeß der marxistischen Linken hat dadurch neue Impulse bekommen und hat z.T. schon das Stadium der totalen Selbstauflösung erreicht.

Ähnlich wie die Ideologien der APO-Bewegung Ende der 60er Jahre wird heute der „Ökologismus“ als angeblich aus sich selbst heraus systemsprengende Alternative gegen ein „traditionelles Politikverständnis“ und „traditionelle Organisationsformen“ ausgespielt.

Während aber speziell das „anti-autoritäre“ Element der APO-Bewegung tatsächlich gewaltige kultur-revolutionäre Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen bewirkt hat, erweist sich der „Ökologismus“ eher als Schwachstelle der neuen Massenbewegung. Denn Parolen gegen die „Wachstumsgeellschaft“, gegen die „Überschätzung des materiellen Lebensstandards“ usw. (Parolen, die keineswegs nur von den rechten „Grünen“ vertreten werden, sondern die z.B. auch in Bahro einen bedeutenden Propagandisten haben) laufen weitgehend parallel mit den imperialistischen Notwendigkeiten und Interessen eines eingeschränkten „Wachstums“, einer „Sparpolitik“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, einer Reduzierung des Massenkonsums zugunsten der Vorbereitungen auf neue imperialistische Umverteilungskriege.

Der linke Flügel der Wahlbewegung wird in erster Linie durch Teile der bunten/alternativen kommunalen Listen und Teile der GLH vertreten, sowie durch Einzelpersonen

bei den „Grünen“. Als unmittelbare Folge der allgemeinen Schwäche der Linken ist dieser linke Flügel bisher zu schwach entwickelt und zersplittert. Zu einem koordinierten Vorgehen und einer autonomen Strategie innerhalb der „grünen“ Wahlpartei gibt es bisher nur Ansätze.

## Die DKP

Die DKP hat Anfang der 70er Jahre einen starken Schub aus der Liquidationsmasse der APO-Bewegung erhalten. Hieraus ergab sich für die damalige Phase eine relative Dynamik und Agilität der DKP, die seither vollständig verlorengegangen ist.

Die DKP hat bis zum Auftreten der „grünen“ und bunt/alternativen Listen in bescheidenem Ausmaß die Rolle einer Protestpartei spielen können; seither hat sie bei allen Wahlen rund 50 % ihrer Stimmen verloren. Eine Ausnahme bilden einige Orte, wo die DKP durch längerfristige kommunale Arbeit ein Sympathie-Potential aufgebaut hat.

In den Gewerkschaften hat die DKP in der Vergangenheit relativ zahlreiche Posten besetzen können, ohne damit allerdings nennenswerten politischen und ideologischen Einfluß ausüben zu können. Diese zentrale Position der DKP-Strategie ist seit einiger Zeit zunehmend unter Beschuß geraten. Eine „Säuberungswelle“ gegen die DKP/SDAJ und andere linksreformistische Gewerkschaftler deutet sich an.

Auf die wechselvolle Entwicklung der 70er Jahre hat die DKP bisher total monolithisch, d.h. ohne erkennbare innere Widersprüche und politische Wendungen, reagiert. Kontroverse Diskussion findet in der gesamten DKP-Presse nicht statt. Daran hat sich auch durch das Aufkommen der alternativen Wahlbewegung, die Wahlverluste der DKP, die nicht mehr zu verdeckenden Konflikte in der „kommunistischen Weltbewegung“ usw. u.s.f. bisher nichts geändert. Unter diesen Bedingungen bleiben die Möglichkeiten der DKP, in den Auflösungsprozeß der Linken zum eigenen Nutzen einzugreifen und entstehende Leerräume zu füllen, recht gering.

Denkansätze zur Konstituierung einer „euro-kommunistischen“ Partei, wie sie u.a. im Umkreis der Zeitungen „Die Neue“ und „konkret“ sichtbar wurden, sind bis heute nicht konsequent weiterverfolgt worden. Ebensovienig sind in der DKP selbst bisher Ansätze eines „eurokommunistischen“ Flügels erkennbar.

Aufgrund des nach Außen zur Schau getragenen Monolithismus läßt sich über die Auswirkungen der Krise der Linken auf die DKP schwerlich urteilen, sondern lassen sich nur indirekte Schlußfolgerungen ziehen (Einstellung fast aller Partei-Aktivitäten nach außen, weitgehende Einstellung des „UZ“-Straßenverkaufs u.a.). Hieraus läßt sich schließen, daß die DKP ebenso wie die übrige Linke in den letzten Jahren mit umfangreichen Austritten und „Einbrüchen“ zu tun hatte.

## Die ML-Organisationen

Die ML-Organisationen insgesamt (d.h. diejenigen Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus plus die chinesischen Erfahrungen beziehen) hatten in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine erstaunliche Konjunktur, trotz teilweise grotesker Eskapaden. Insbesondere dem KBW, dem KB und der „KPD“ gelang es in dieser Phase, initierend und tragend in Massenbewegungen einzugreifen. Weitgehend handelte es sich dabei um neu entstandene Bewegungen (Anti-AKW, Russell-Tribunal, Wahlbewegung), während auf traditionell reformistisch dominierte Bewegungen (Berufsverbote, Friedensbewegung) kaum Einfluß gewonnen werden konnte.

Die „Orientierung am Marxismus-Leninismus“, die unter den „neuen Mittelschichten“ in der ersten Hälfte der 70er Jahre plötzlich erstaunliche Ausmaße annahm, ergab sich

nicht aus einer Bewährung marxistisch-leninistischer Politik in der Theorie und Praxis der BRD. Vielmehr ergab sie sich zum allergrößten Teil als eine Moderscheinung, zu deren Entstehen eine Reihe von Faktoren zusammentrafen. So der massenhafte Protest der kleinbürgerlichen Intelligenz gegen den imperialistischen Antikommunismus und die Impulse der chinesischen Kulturrevolution und des indochinesischen Befreiungskampfes.

Als Moderscheinung ohne tiefere Wurzeln eigener Erfahrung war dieser „Marxismus-Leninismus“ extrem krisenanfällig und hat besonders stark und auffallend unter dem Niedergang der BRD-Linken gelitten. Der von Lenin konstatierte Wechsel kleinbürgerlicher Modeströmungen von „linksradikaler“ Aufregtheit und Überschwang zu Resignation und Opportunismus hat sich hierin erneut anschaulich bewiesen.

Der Zerfall der ML-Organisationen hat u.a. ein großes Feld von verbissenen Antikommunisten hinterlassen, die mit ihren „eigenen Erfahrungen“, persönlichen Frustrationen usw. das antikommunistische Spektrum der BRD bereichern.

## Zu den Organisationen im einzelnen

Der KBW war Mitte der 70er Jahre mit Abstand die einflußreichste der ML-Organisationen. Ende 1975 begann die Expansion des KBW zu stagnieren. Die Gruppe um Schmieder und Fochler reagierte darauf 1976 mit einem Amoklauf nach innen und außen, der in kurzer Frist zum Ruin des KBW führte. Die Anti-AKW-Bewegung war die letzte Bewegung, in die der KBW zumindest anfangs noch eingriff; seither steht er außerhalb aller realen Bewegungen. Auch ideologisch ist der KBW inzwischen außerhalb der eigenen zusammengeschmolzenen Reihen ohne jeden Einfluß. Immerhin scheint sich der KBW seit 1977 (auf weit niedrigerem Niveau als vorher) gefestigt zu haben. Über größere Austrittsbewegungen und Abspaltungen wurde seither nichts mehr bekannt.

Die „KPD“ ist nach dem Zusammenbruch ihrer „Massen“-Organisationen (KSB, „Liga“ etc.), der etwa Mitte der 70er Jahre einsetzte, nunmehr in die zweite (und möglicherweise letzte?) Phase ihrer Auflösung eingetreten. Ungefähr seit Mitte 1979 dokumentiert sich in der „KPD“-Presse eine zunehmende Tendenz zur erklärten Abkehr vom Marxismus-Leninismus (z.B. von „Dogmen“ wie der Diktatur des Proletariats, dem Demokratischen Zentralismus, dem „leninistischen Organisationsmodell“ u.a.m.). Inzwischen wird sogar die Existenz der „KPD“ als autonome Organisation in Frage gestellt. Ein für Frühjahr 1980 angekündigter Parteitag soll hierüber Klarheit schaffen. Selbst die mehr „orthodox“ argumentierenden Teile der „KPD“ haben schon jetzt ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, sich in einen größeren organisatorischen Zusammenhang (wie ihn anscheinend eine linkssozialdemokratische Partei darstellen soll) hinein aufzulösen. Das einzige zentrale Element, an dem die „KPD“ insgesamt heute noch festhält und daß sie über eine eventuelle Selbstauflösung hinüberretten will, ist ihre aggressive Frontstellung gegen die Sowjetunion und DKP sowie ihr Bekenntnis zur „Vaterlandsverteidigung“ im Rahmen der NATO und im Bündnis mit dem US-Imperialismus.

KABD, KPD/ML und Arbeiterbund (München) stehen außerhalb der realen Bewegungen und Diskussionsprozesse. Über die Auswirkungen der Krise der Linken auf diese drei Organisationen ist daher wenig bekannt. Die KPD/ML ist seit ihrer schweren Krise von 1971/72 auf niedrigerem Niveau stabilisiert und tritt nach außen total monolithisch auf. Nennenswerte Aktivitäten entfaltet sie nur im Antifa-Sektor, jedoch ausschließlich im Alleingang. Den realen Bewegungen steht sie durchweg mit offenkundiger Feindseligkeit gegenüber. Das gilt besonders für die alternative Wahlbewegung. Ähnlich total, wenn auch nicht so aggressiv, schottet sich auch der KABD nach außen ab, der in keinem Arbeits-

feld mehr als relevanter Faktor auftaucht. Über die Bedeutung des 'Arbeiterbund' sind Angaben kaum noch möglich; der 'Arbeiterbund' agiert im wesentlichen nur noch als Vorfeldorganisation der DKP (vor allem im Antifa-Sektor) und scheint auch seit längerem unter schwerem Integrationsdruck in die DKP zu stehen.

Die 'Komitees für Demokratie und Sozialismus', als 1979 entstandene Sammlungsbewegung von ehemaligen KBW-Mitgliedern und -Sympathisanten, sind mit ihrem Organisationsversuch bisher nicht erkennbar vorangekommen. Organisatorisch haben sie nur einen kleineren Teil der Ex-KBW'ler fest zusammenfassen können, weit weniger als die relativ große Zahl der anfänglich 'Interessierten'. Ihr Organisationsversuch scheint an die Schranke der Tatsache gestoßen zu sein, daß zwar viele 'Ehemalige' noch interessiert an linken Diskussionen zusammenhängen sind, sich aber vorerst nicht wieder organisatorisch 'binden' wollen. Das ursprünglich erklärte Ziel der 'Komitees', über das Spektrum der Ex-KBW'ler hinaus zu sammeln und einigend innerhalb der marxistischen Linken insgesamt zu wirken, konnte nicht einmal ansatzweise realisiert werden.

Als politischer Faktor treten die 'Komitees' bisher nur in der Wahlbewegung in Erscheinung; auch dort ist ihr Einfluß sehr gering. Ideologisch ist die Abnabelung vom KBW und von Elementen der 'antihegemonistischen' Globalanalyse bisher nicht gelungen bzw. wird auch gar nicht gewollt. Die weitere Rolle der 'Komitees' ist somit offen.

Als Zerfallsprodukte der ML-Organisationen sind bereits seit Anfang der 70er Jahre eine Vielzahl örtlicher Theorie-Zirkel entstanden, die speziell auf dem Gebiet der Propaganda bzw. der Kommentierung der ML-Organisationen tätig sind. Die Rolle dieser Zirkel ist gleich Null, was einerseits mit dem rasant gesunkenen Interesse an marxistisch-leninistischer Theorie zusammenhängt, andererseits aber auch mit dem totalen Unvermögen der Zirkel, in die realen Probleme und Fragestellungen der ML-Organisationen (und der Linken insgesamt) einzugreifen bzw. sich überhaupt auf diese zu beziehen.

### Eine „Krise des Marxismus“?

Angesichts der offensichtlichen Schwäche-Situation der Linken geht die These von der „Krise des Marxismus“ um. Neben dem SB vertritt vor allem die „KPD“ diese These in aller Ausführlichkeit. Das „Scheitern der marxistisch-leninistischen Bewegung“ in den 10 Jahren ihrer Existenz („KPD“) oder allgemeiner gesprochen die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Vermittlung des Marxismus werden in den Rang einer grundlegenden Krise des wissenschaftlichen Sozialismus gehoben. Neue Ideologen stehen bereit, um die angeblichen „Lücken“ mit neuen Inhalten zu füllen. Diese neuen Inhalte werden aus Ökologismus, Christentum, Umsetzung der bürgerlichen austerity-Politik („Sparpolitik“) u.a.m. zusammengestoppelt. Der Mangel dieser neuen Inhalte an Qualität und Zusammenhang soll durch Abqualifizierung des Marxismus („Überholte Ideologie des 19.Jh.“) sowie des „traditionellen Politikverständnisses“ und der „traditionellen Organisationsformen“ wettgemacht werden.

Die in der Linken sich ausbreitende Tendenz zur Abkehr vom Marxismus (z.T. auch verbrämt mit der Behauptung, diesen lediglich „weiterzuentwickeln“ und seine „Lücken“ zu füllen) ähnelt sehr stark Tendenzen in der APO-Bewegung Ende der 60er Jahre. Der Unterschied scheint aber darin zu liegen, daß diese Tendenz damals alsbald durch eine relativ breite Hinwendung zu einer neuen „marxistisch-leninistischen“ Orthodoxie abgelöst wurde. Die Möglichkeit zu einem solchen Umschlag ergab sich aus der Tatsache, daß nach Jahrzehnten des Antikommunismus als Staatsdoktrin der Marxismus bzw. Marxismus-Leninismus trotz Diffamierung durch viele APO-Ideologen vom „Reiz des Neuen“ und offiziell Tabuisierten profitieren konnte. Im Gegensatz dazu

stützt sich die gegenwärtige Abkehr vom Marxismus scheinbar auf eine breite Basis „eigener Erfahrung“, die Tausende von Linken in und mit den sich auf den Marxismus beziehenden Organisationen und Gruppen gemacht haben. Hinzu kommt, daß diese Entwicklung in China, das um 1970 noch als „Reserve“ praktischer Hoffnungen auf den Marxismus gelten konnte, spätestens seit Mitte der 70er Jahre erkennbar rückwärtsgerichtet ist und sich (abgesehen von den unterschiedlichen außenpolitischen Interessen) dem „realen Sozialismus“ des sowjetischen Lagers mehr und mehr angleicht.

Die Interpretation der Krise der Metropolen-Linken als „Krise des Marxismus“ hat ein tiefgehendes Unverständnis für die Dauer historischer Abläufe zur Voraussetzung. Die Klassenkämpfe in der bisherigen Menschheitsgeschichte haben immer nur die Ablösung einer herrschenden Ausbeuterklasse durch eine andere zum Gegenstand gehabt. Trotzdem hatten diese Klassenkämpfe es nicht mit Jahrzehnten, sondern zumindest mit Jahrhunderten zu tun. Der wissenschaftliche Sozialismus hingegen hat einen historisch völlig neuen Gegenstand, nämlich die Abschaffung von Ausbeutung überhaupt, die allgemeine Emanzipation des Menschen. Der wissenschaftliche Sozialismus hat zwar den Anspruch, den Weg zu diesem Ziel abzukürzen, aber er kann sich (unabhängig von Illusionen und Fehleinschätzungen seiner Theoretiker) nicht die Aufgabe stellen, sofort bzw. in menschheitsgeschichtlich betrachtet winzigen Zeiträumen die in Jahrtausenden gewachsenen Verhältnisse total und unumkehrbar umzuwandeln.

Für eine Linke, die ihre gesellschaftsverändernden Ziele nicht so sehr aus eigenem materiellem Elend wie aus theoretischen Einsichten, Solidarität mit der 3. Welt u.ä. bezieht, liegt es freilich besonders nahe, daß sie jeden Rückschlag im weltrevolutionären Prozeß, jedes Ermatten der Arbeiterkämpfe im eigenen Land als Beweis für die Untauglichkeit oder zumindest teilweise Überholtheit zentraler Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus ansieht. Nachdem in der BRD der Marxismus-Leninismus schon bisher – wenn auch jeweils in verzerrten Formen – nur durch die ML-Organisationen vertreten wurde (woraus sich, trotz aller Einschränkungen, deren Bedeutung ergibt), vollzieht sich seit etwa Mitte der 70er Jahre auch hier eine gegenläufige Tendenz: 1. In der massenhaften 'Flucht' aus den ML-Organisationen; 2. Im Aufkommen der pro-imperialistischen „Theorie der 3 Welten“ und der „Vaterlandsverteidigung“, die in der Praxis zur Abschwächung des Kampfes gegen den Imperialismus führen; 3. In der gegenwärtigen Phase durch einen galoppierenden Revisionismus, d.h. die offene „ausverkaufartige“ Abkehr vom Marxismus (große Teile der „KPD“, „Kritik-Fraktion“ im KB), die einhergeht mit dem Aufkommen neuer Ideologien und scheinbarer organisatorischer Alternativen („Grüne Partei“).

### Die Aktualität des Marxismus

Angesichts der tiefgehenden Identitätskrise der Linken und der modischen Abkehr vom Marxismus ist es die zentrale Aufgabe des KB – als Teil eben dieser Linken – am Marxismus als Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Anleitung zum Handeln festzuhalten. Daß der KB gegenwärtig die wichtigste politische Kraft in der BRD ist, die diese Aufgabe organisiert angeht, ist nicht Produkt irgendeines Avantgarde-Anspruchs, den der KB nie gehabt (sondern im Gegenteil von Anfang an bekämpft) hat, sondern ist Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Wir gehen aus von der Einschätzung, daß der Marxismus trotz aller historischen „Fehlentwicklungen“ (Sowjetunion, China usw.) sich im wesentlichen gegenüber allen alternativen theoretischen und praktischen Modellen zur Gesellschaftsveränderung weit überlegen gezeigt hat.

- Als richtig erwiesen hat sich, daß der antikapitalistische Kampf mit der größtmöglichen Organisiertheit geführt werden muß. „Alternative Modelle“ einer Desorganisierung der Linken haben sich in allen historischen Situationen als Wegbereiter und Zutreiber der besser organisierten bürgerlichen Kräfte erwiesen.
- Als richtig erwiesen hat sich, daß die Sozialisten in jeder Hinsicht ihre vollständige Autonomie wahren müssen und diese nicht an irgendeine Art breiterer Sammlungsbewegung abtreten dürfen, da solche Verschmelzungen mit Notwendigkeit zur Desorganisierung der Sozialisten und damit letztlich zur Schwächung der Linken insgesamt führen.
- Als richtig erwiesen hat sich, daß der grundlegende Widerspruch dieser Gesellschaft der zwischen Arbeit und Kapital ist; hiervon ausgehend sind die anderen gesellschaftlichen Widersprüche (Ökologie, Friedenskampf etc.) zu behandeln. Die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe sind nach wie vor der Kern, von dem jede Gesellschaftsveränderung ausgehen muß und ohne den sie nicht gelingen kann. Diese historische Erfahrung gilt es gegen alle modischen Schwankungen innerhalb der immer noch (sozial gesehen) nahezu ausschließlich kleinbürgerlichen Linken zu bewahren.
- Als richtig erwiesen hat sich, daß nur der vollkommene Umsturz der alten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse die Grundlagen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schaffen kann. Ein solcher Umsturz hat es mit dem totalen Widerstand der Herrschenden, u.a. vermittelt durch ihren staatlichen Gewaltapparat, zu tun und bedarf daher selbst der größtmöglichen Vorbereitung und unter Umständen auch der Anwendung revolutionärer Gegengewalt. Im Gegensatz zur APO-Phase ist diese historische Erfahrung heute in der BRD-Linken denkbar „unpopulär“, trotz aktueller Bestätigung in Chile, Portugal, Iran, Nicaragua u.a.

Unser theoretischer Beitrag zur Untersuchung sozialer Prozesse, zum streitbaren Dialog mit anderen ideologischen Positionen, zur Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Verbreitung, war in der Vergangenheit zu gering. Orientierung an praktischen Aufgaben des Moments, die Instrumentalisierung des KB für das Inganghalten von 'Massenbewegungen und -initiativen', haben immer wieder entscheidend unsere Kräfte von theoretischen und ideologischen Aufgaben, von der Reflexion unserer eigenen Praxis usw. abgezogen. Hier gilt es – ohne voreilige Ausgabe neuer Patentrezepte – auf der Basis unserer noch vorhandenen Kräfte die Seite der Theorie und des ideologischen Streits zu stärken.

Der KB kann und darf aus seinem ausdrücklichen Festhalten am Marxismus-Leninismus und der autonomen Organisation keinen „Führungsanspruch“, Ausschließlichkeitsanspruch oder Dogmatismus herleiten. Im Gegenteil geht es uns um gleichberechtigte Beziehungen zu möglichst großen Teilen der Linken, um unseren Beitrag zum Ingangkommen einer „großen Debatte“ über den gegenwärtigen Stand und die Perspektive der Linken, insbesondere um gleichberechtigte Zusammenarbeit mit möglichst vielen Linken bei der Sammlung der sozialistischen Kräfte, und um unseren Anteil am Zustandekommen widerstandsfähiger Fronten und Bewegungen gegen die aktuellen großen Gefahren für die Demokratie und den Frieden.

aus der „Materialmappe  
für den 1. KB-Kongreß“